

## Gespensteranalysen

Michael Brie (Hrsg.), *Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen*, Karl-Dietz Verlag, Berlin 2005 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 23), 96 S., 9,90 Euro; Ulrich Maurer/Hans Modrow (Hrsg.), *Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei, edition ost*, Berlin 2005, 232 S., 12,90 Euro.

Kaum war das Gespenst der Linkspartei in der bundesdeutschen Politik aufgetaucht, da lagen auch schon die ersten Gespensteranalysen in Buchform vor. Auf zwei soll hier in kurssorischer Form eingegangen werden. Bei der aus dem engeren Umfeld der nunmehr umgetauften PDS – der Rosa-Luxemburg-Stiftung – hervorgegangenen Publikation handelt es sich um eine Textsammlung, die sowohl Analysen, eine Chronologie des Zusammengehens von PDS und WASG, sowie Dokumentationen von Presse-einschätzungen etc. enthält. Analysiert werden die Ursprünge der Linkspartei, die erstens in einer Suche breiter Bevölkerungskreise nach Alternativen zum Neoliberalismus, zweitens in sich neu orientierenden sozialen Bewegungen und Teilen der Gewerkschaften und drittens in den beiden Parteien WASG und PDS/Linke gesehen werden. Hieraus könne, so Michael Brie im Vorwort, eine Gegenkraft entstehen, die die Vorherrschaft des Neoliberalismus in Frage stellt. (7) Bries These, wonach große Teile der Bevölkerung der neoliberalen ‚Einheitsfront‘ Skepsis bis Ablehnung entgegenbringen (11), lassen sich durch Umfrageergebnisse belegen, denen Fragen nach abstrakten Prinzipien und Werten wie sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit zu

Grunde lagen. Wenn jedoch nach der konkreten Umsetzbarkeit gefragt wird, wird ein Großteil der Bevölkerung auch neoliberalen Argumenten zustimmen, die längst in den Alltagsverstand eingedrungen sind.<sup>1</sup> Diese etwas undifferenzierte Einschätzung mag der derzeit großen Hoffnung auf politische Veränderungen geschuldet sein. Widersprüchlich und nicht überzeugend ist hingegen Bries Einschätzung im Vorwort. Dort wird als historische Novität der Situation konstatiert, dass es seit 1917 in Deutschland wieder eine starke Linke jenseits von KPD und SPD gebe und die Linkspartei nunmehr der SPD die Vorherrschaft unter den Linken streitig mache. (7) Wenig später wird – durchaus zutreffend – festgestellt, dass der westdeutsche Klassenkompromiss der Nachkriegszeit nun endgültig aufgekündigt worden ist und durch eine „neoliberalen Konterreform“ zur Stärkung der Kapitalmacht ersetzt wurde. Verwunderlich ist nur, dass Brie die SPD als seit 1998 wesentlichen Akteur dieser neoliberalen Konterreform nicht erwähnt. Die Vermutung erscheint nicht unberechtigt, dass hier die Tür zu Regierung in spe nicht zugeschlagen werden soll. Entsprechendes wird in dem von Modrow/Maurer herausgegebenen Band des Öfteren geäußert. Stephan Bollinger resümiert in seinem historisch angelegten Beitrag „Brüder in eins nun die Hände? Linke Schwierigkeiten mit der Einheit“, es sei offensichtlich, dass die Linkspartei den Platz der SPD belegen wolle. Ob das

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Harald Werner, Amnesie sozialer Deutungsmuster. Wie der Neoliberalismus das Alltagsbewusstsein dekonstruiert hat, in: Z 56, Dezember 2003, S. 24f.

deutsche politische System jedoch eine Neuauflage der SPD von Bad Godesberg brauche, bezweifelt Bollinger. (M/M, 101) Ähnlich sieht es Hans Modrow: „Es geht nicht auf, einerseits vom ‚platz links neben der SPD‘ bei der Positionsbestimmung einer neuen Linkspartei zu sprechen und andererseits mittelfristige Angebote für Koalitionen mit der SPD zu machen.“ (M/M, 12) Die wesentliche Konfliktlinie verläuft Modrow und Bollinger zufolge zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Unterstützt wird diese Sichtweise auch von Heinz Niemann, der in seinem Artikel „Die Linkspartei – ein sozialdemokratischer Phönix aus der Asche?“ die klassische Systemfrage aufwirft. Für die Linke hält er ein radikal-demokratisches Reformkonzept für notwendig, „wenn es sich der notwendigen Überschreitung der Grenzen der Logik des kapitalistischen Profitsystems bewusst ist.“ (M/M, 43) Christa Luft zielt in ihrem Beitrag „Entwicklungspfade über den Kapitalismus hinaus suchen“ in eine ähnliche Richtung. Sie fordert die konkrete Beschäftigung der Linken mit Formen des Eigentums (145f.) und befürchtet, dass die Aufgabe des sozialistischen Profils die Partei längerfristig überflüssig machen würde. (141) Die Linkspartei müsse sich, „wenn sie nicht in Pragmatismus erstarren soll, an einer Gesellschaftsvision orientieren.“ (142) Luft kritisiert jedoch auch eine abstrakte radikale Kapitalismuskritik, die noch niemandem für öffentliches Eigentum begeistere. Zunächst gelte es, eine Alternative zur neoliberalen Politik herzustellen, wozu die Bundestagsfraktion Dienste leisten könne.

Die Vermittlung von Alternativen zum Neoliberalismus und Alternativen zum Kapitalismus wird von Erhard Crome in der alles andere überlagernden Bruchlinie von Neoliberalismus versus sozialer Verantwortung gesehen. „Die sozialhistorische Bruchlinie Neoliberalismus vs. Soziale Verantwortung findet in der Differenz zwischen neoliberalen Konsens aller anderen Bundesparteien und der Linkspartei ihren politischen Ausdruck.“ (61) Wenn man jedoch berücksichtigt – was Crome nicht tut –, dass die Gründung der WASG gerade auch mit der Kritik an den PDS-Regierungsbeteiligungen auf Länderebene begründet wurde, könnte eine Beschreibung der Bruchlinie auch anders aussehen. Dann nämlich würde die Bruchlinie von Sozialer Verantwortung und Neoliberalismus zumindest auf der praktischen Ebene durch einen Teil der PDS selbst verlaufen. Auf der anderen Seite hat die PDS/Linkspartei zumindest auf der programmatischen Ebene noch einen (demokratisch) sozialistischen Anspruch – so auch in den Brie-Thesen zur Perspektive der Linkspartei (vgl. 64) – und in Teilen von ihr findet sich marxistisches Gedankengut, während die WASG in erster Linie als sozialdemokratische, anti-neoliberale Sozialstaatspartei zu charakterisieren ist, in der nur am Rande Marxismus und eine antikapitalistische, sozialistische Perspektive eine Rolle spielt.

Crome referiert die interessante Einschätzung von Wolfgang und Frigga Haug, wonach hinter der Legitimitätskrise der rot-grünen Bundesregierung die der repräsentativen Demokratie lauiere. Derzeit profitierten davon die Konservativen, die die neoli-

berale Revolution gegen den Sozialstaat weiter radikalisierten. Eine weitere Enttäuschung schein somit vorprogrammiert, die die Krise des repräsentativen Systems hervortreten lasse. Zu befürchten ist, dass dann die extreme Rechte enormen Zulauf bekommt. Auch von hier, so Crome, ergeben sich für die Linke historische Notwendigkeiten: „Die Dialektik von Nah- und Fernzielen wartet unter solchen Bedingungen mit einer Überraschung auf: Das Fernste ist das Nächstliegende. Um der Demokratie willen muß die Linke bestrebt sein, die Legitimitätskrise der repräsentativen Demokratie in die Legitimitätskrise des Kapitalismus zu überführen. Weil – noch! – keine Alternative zum Kapitalismus im Ganzen in Sicht ist, werden vielfältige Formen von Solidarökonomie, die den Kapitalismus vorgreifend im einzelnen überschreiten, zur Tagesaufgabe.“ (Haug, zit. M/M, 68).

Friedrich Wolff betont in seinem Beitrag einen weiteren Aspekt: den der fehlende Kritik der PDS/Linkspartei am politischen System der BRD sowie die damit verbundene Gefahr der Systemintegration. Entsprechend hängt für ihn Erfolg und Misserfolg sozialistischer Politik der Linkspartei von der Widerstandsfähigkeit gegenüber der Sogkraft des Systems ab. (M/M, 22)

Aus dem Rahmen fällt der Beitrag „Links wo die Nation ist“ von Robert Allertz. Zunächst fällt auf, dass Allertz als einziger die in den Massenmedien und von den etablierten Parteien genüsslich aufgegriffene und kritisierte „Fremdarbeiter“-Formulierung von Oskar Lafontaine zum Ausgangspunkt macht. Allertz Kritik

an der „Lafontaine-Schelte“ der bürgerlichen Medien und Politiker verhart jedoch auf einer terminologischen Ebene. Auch wenn Lafontaine statt „Fremdarbeiter“ „Arbeitsmigranten“ gesagt hätte, ließe sein Satz „Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen“ durchaus rechtsextremistische Schlussfolgerungen zu. Im Fortgang seines Artikels plädiert Allertz für einen positiven Bezug der Linken zur Nation. Erst wenn – wie in Frankreich – der oder die Vorsitzende einer deutschen Linkspartei jede Rede mit „Es lebe Deutschland“ beenden kann (M/M, 223), sieht er normale Zustände eingekehrt. Angesichts des bisherigen Scheiterns der PDS, das Verhältnis von Nation und Linke neu zu diskutieren, kann man beruhigt sein, dass Allertz Plädoyer keine Resonanz finden wird.

Abgesehen von diesem Artikel und einigen, die eher allgemeine politische Einschätzungen bieten, sind jedoch sämtliche Beiträge lesenswert im Hinblick auf eine Einschätzung der Perspektiven der Linkspartei beim Zurückdrängen der neoliberalen Politik. Die von Brie herausgegebene Broschüre erfüllt dabei in erster Linie die Funktion einer Dokumentation des Zusammengehens von PDS und WASG, während die meisten Beiträge des Maurer/Modrow-Bandes hingegen eine erste kritische Analyse darstellen. Bisweilen überwiegt dort die Skepsis. Die Möglichkeiten gerade der Vorherrschaft des Neoliberalismus in den Medien durch die vereinte Linkspartei/WASG etwas entgegen-

setzen zu können, sollte nicht unterschätzt werden – wengleich eine stärkere soziale außerparlamentarisch Protestbewegung unabdingbar ist.

*Guido Speckmann*

## **Streitschrift gegen den Neoliberalismus**

*Heinz-J. Bontrup, Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, Köln, PapyRosa Verlag 2005, 424 S., 24,80 Euro*

Es handelt sich bei diesem Buch um eine umfassende Streitschrift gegen den Neoliberalismus auf allen Ebenen der Wirtschaft: in den Betrieben und Unternehmen, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und in der Wirtschaftswissenschaft und -publizistik. Heinz Bontrup will sich dabei nicht auf Kritik beschränken, sondern darüber hinaus auf der einen Seite die systemischen Zusammenhänge zwischen Neoliberalismus und Grundstrukturen und -gesetzen des Kapitalismus aufzeigen und auf der anderen Seite die Möglichkeiten von demokratischen Reformen herausarbeiten.

Das Buch ist in vier Kapitel von allerdings sehr unterschiedlicher Länge gegliedert. Das erste und kürzeste bezieht sich auf die Arbeit, das zweite auf den Lohn, das dritte auf die Stellung der Beschäftigten im Unternehmen und das vierte und bei weitem längste auf die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Jedes Kapitel enthält eine historische Darstellung, eine Diskussion der aktuellen Problemlage in Deutschland, eine kritische Auseinandersetzung mit der unternehmerischen und politischen Praxis und ihren jeweiligen Begrün-

dungen sowie eine Vorstellung und Begründung von Alternativvorstellungen. Das historische und empirische Material bezieht sich fast ausschließlich auf Deutschland, mit kleinen Abstechern in die EU.

Im ersten Kapitel „Arbeit unter marktwirtschaftlich-kapitalistischen Verhältnissen“ (14-29) stellt Bontrup das Zwangsverhältnis heraus, das durch die Eigentumsverhältnisse begründet wird und die freie Entscheidung auf dem Arbeitsmarkt für die große Masse der Arbeitskräfte zur Illusion macht. Er zeigt, wie dieses Zwangsverhältnis zunächst unter dem Schein des Tausches gleicher Werte verdeckt wird und wie die Arbeit als einzige Quelle des Wertes in der herrschenden Produktionsfaktorentheorie entgeltlich verschwindet.

Im zweiten Kapitel „Materielle Partizipation – Eine Frage der Verteilung“ (30-102) geht es in zwei Hauptabschnitten vor allem um Löhne und Lohnpolitik. Zunächst beschäftigt sich Bontrup mit der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie, nach der die Löhne möglichst niedrig sein müssen, damit die Beschäftigung hoch ist. Er präsentiert die verschiedenen Varianten dieser Thesen, von der Grenzproduktivitätstheorie bis zur Gewinn-Investitions-Beschäftigungs-, der Substitutionsthese u.a.m., die politisch alle auf die Forderung hinauslaufen, den Niedriglohnsektor auszuweiten. Bontrup konfrontiert diese Argumente mit den tatsächlichen Entwicklungen und inneren Widersprüchen und beschließt diese Widerlegung mit der Begründung von öffentlich finanzierter Beschäftigung und Arbeitszeitverkürzungen sowie einem Plädoyer für den Flächentarif-

vertrag. Der zweite Unterabschnitt befasst sich mit produktivitätsorientierter Lohnpolitik und Umverteilung als Alternativen zur neoklassischen Lohntheorie. Besonders gut gelungen ist die Demontage des Arguments der zu hohen Lohnnebenkosten, das weder methodisch, noch theoretisch noch empirisch der Überprüfung standhält. In den Ausführungen über expansive Einkommenspolitik (die besser in einen eigenständigen dritten Abschnitt des Kapitels gepasst hätten) plädiert Bontrup für eine qualifizierte Gewinn- und/oder Kapitalbeteiligung der ArbeitnehmerInnen, die er als eine Art „Rückverteilung“ von Einkommen angesichts einer seit langem fallenden Lohnquote betrachtet, durch die Arbeitswerttheorie als gedeckt ansieht und scharf gegen die als Gewinnbeteiligung kaschierte Lohnflexibilisierung abgrenzt. Nicht schlüssig ist es, wenn er demgegenüber eine expansive, also Lohnsteigerungen über den verteilungsneutralen Spielraum hinaus anstrebende gewerkschaftliche Politik als Versuch der Rückverteilung mit den beiden Argumenten abfertigt, sie sei erstens nicht durchsetzbar und wirke zweitens inflationär. Zum einen dürfte eine „echte“ Gewinnbeteiligung der ArbeitnehmerInnen wohl noch weit geringere Realisierungschancen haben als kräftige Lohnsteigerungen; und zweitens hängt die Frage der inflationären Wirkungen davon ab, ob die in beiden Fällen stattfindende und erwünschte Ausdehnung der Konsumnachfrage in steigenden Preisen oder in steigender Produktion und Beschäftigung weitergegeben wird.

Das dritte Kapitel „Stellung und Rolle der Beschäftigten im Unterneh-

men“ (103-193) befasst sich, in Abgrenzung zum zweiten Kapitel, mit der „immateriellen Partizipation.“ Heinz Bontrup präsentiert zum einen die Entwicklung der „personalwirtschaftlichen Managementvorstellungen“, von den traditionellen Taylorismus- und Fordismuskonzepten bis zu den neueren Ansätzen der flexiblen, auf corporate identity bedachten ArbeitskraftunternehmerInnen. Er kritisiert diese Entwicklung als ein Unterlaufen des Normalarbeitsverhältnisses, das den Beschäftigten angesichts der gesellschaftlichen Klassen- und Machtverhältnisse einen Mindestschutz verschafft hat. Als Alternative zu dieser Entmachtung der Beschäftigten stellt er sodann „Elemente einer demokratisierten und partizipativen Unternehmenskultur“ vor, worunter er im wesentlichen die Ausweitung der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen versteht. Dieser Abschnitt (126ff.) ist wegen seiner präzisen historischen und systematischen Darstellung, der Fülle von Informationen und seiner theoretischen Durcharbeitung ein ganz besonders gut gelungener Teil des Buches. Bontrup plädiert dabei abschließend für ein neues Mitbestimmungsmodell, das für alle Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten gelten, sich teilweise an das alte Montanmodell anlehnen, aber auch darüber hinausgehen soll (z.B. durch die Aufnahme eines nicht stimmberechtigten staatlichen Vertreters in den Aufsichtsräten, als Demonstration der „öffentlichen Verantwortung“) und der Arbeitnehmerseite insgesamt mehr Kompetenzen und Macht bei Unternehmensentscheidungen einräumt. Allerdings weiß und themati-

siert Bontrup auch, dass zur Durchsetzung derartig weitreichender Forderungen sehr großer politischer und insbesondere gewerkschaftlicher Druck erforderlich ist, der gegenwärtig fehlt. Bei dieser Gelegenheit diskutiert er die Probleme des Kollektivhandelns und bringt – zur Absicherung des Flächentarifvertrages und der Mitbestimmung in der Wirtschaft – eine gewerkschaftliche Pflichtmitgliedschaft der Beschäftigten analog zur Kammermitgliedschaft der Unternehmen ins Gespräch. Ob das eine gute Idee ist, müsste wohl sehr intensiv diskutiert werden.

Schon in den Teilen 2 und 3 hatte Bontrup auf die besondere Rolle hingewiesen, die staatliche Regelungen und Gesetze – etwa zur Geltung von Tarifverträgen oder zur Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen – spielen. Diese Perspektive wird im vierten Kapitel (194-375), das fast die Hälfte des gesamten Buches umfasst, aufgegriffen und stark ausgeweitet. Auch innerhalb dieses Kapitels gibt es sehr unterschiedliche Gewichtungen und Stärken. Kontrovers wird man sicher über die insgesamt sehr positive Bewertung des Konzeptes der sozialen Marktwirtschaft durch Bontrup diskutieren können, der die Grundaussagen zu einer notwendigen Korrektur des reinen Marktmechanismus ernst nimmt und durch den Neoliberalismus unterlaufen sieht. Andere Positionen sehen in dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft eher den defensiven und in seinen sozialen Erklärungen nicht ernst gemeinten Versuch zur Rettung des Kapitalismus in einer Phase massiver Diskreditierung. Ein besonderes Glanzstück des Buches

ist der Großabschnitt über „Marktwirtschaftliche Ordnung, Wettbewerb und Wirtschaftsmacht“ (201-245), in dem Bontrup souverän seine schon in früheren Veröffentlichungen bei der Analyse von unternehmerischen Machtstrukturen und –strategien unter Beweis gestellten Qualitäten ausspielt. Drei Punkte seien besonders hervorgehoben: der außerordentlich informative Überblick über die Entwicklung und Veränderungen der Wettbewerbstheorien, die mit solidem Material belegte These von der grundlegenden Strukturdivergenzierung des Kapitals in Großunternehmen auf der einen und Mittelstand auf der anderen Seite und die sehr interessante Forderung nach einer Reform der deutschen und vor allem der europäischen Wettbewerbspolitik. Ebenfalls sehr hilfreich für die LeserInnen dürften die Abschnitte über den Sozialstaat und insbesondere die materialreiche und gründliche Auseinandersetzung mit der Rentenreform von 2001 und der Gesundheitsreform von 2004 in Deutschland sein, die für Bontrup Kernetappen beim Abbau des Sozialstaates in der Bundesrepublik sind.

Weniger gut durchgearbeitet ist der große letzte Abschnitt über „Finanzpolitische (makroökonomische) Notwendigkeiten und Alternativen“, obgleich auch hier eine Fülle von Material und Argumentationen zu finden ist. Die Darstellung des Keynes'schen Systems bleibt ohne die Behandlung der Perspektive langfristiger Stagnation und monetärer Instabilität – beides gerade für die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion ganz wesentliche Aspekte – etwas unbefriedigend. Leider bricht das Buch nach der Behandlung

nach der Behandlung steuerpolitischer Einzelheiten abrupt ab. Es wäre sicher gut und hilfreich gewesen, wenn Bontrup seine Erkenntnisse, Thesen und Forderungen noch einmal in einem kompakten Abschlusskapitel zusammengefasst hätte.

Auch ohne dieses Abschlusskapitel handelt es sich jedoch um ein äußerst lesenswertes Buch: wegen der Verbindung von betrieblicher Realität und gesellschaftspolitischer Perspektive, wegen der Fülle der kritischen Argumentationen und Widerlegungen zur aktuellen neoliberalen Politik, wegen des gut aufbereiteten Materials zu wesentlichen ökonomischen, sozialen und wirtschaftspolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik, und nicht zuletzt wegen des unzweideutigen Engagements des Verfassers für eine gründliche Demokratisierung der Wirtschaft.

Jörg Huffschmid

## Die Kultur des neuen Kapitalismus

*Richard Sennett, Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin Verlag, Berlin 2005, 160 S., 19,90 Euro*

Der an der London School of Economics lehrende US-amerikanische Soziologe Richard Sennett setzt mit seiner Untersuchung über die Kultur des neuen Kapitalismus seine Arbeiten zu den veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen im neoliberalen Kapitalismus fort, die er bereits 1998 mit seinem Buch „Der flexible Mensch“ begonnen hatte. Ging es Sennett 1998 um die veränderten Grundbedingungen für die Menschen des „flexiblen Kapita-

lismus“, so geht es jetzt um die aus diesen Grundbedingungen erwachsenden neuen kulturellen Formen der Arbeits- und Lebenswelt. Wie, so fragt Sennett, machen sich diese auf Diskontinuität und Fragmentierung basierenden Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus bemerkbar und wie verändern sie die kulturellen Wertesysteme des Alltags? Die veränderten Bedeutungen von Zeit, Qualifikation und Vergangenheit kennzeichnen für Sennett neue Anforderungen des heutigen Kapitalismus. Folgende Fragen strukturieren die drei Kapitel des Buches: wie verändern sich die Institutionen; wie hängt die „Wissengesellschaft“ mit dem gegenwärtigen „Gespenst der Nutzlosigkeit“ zusammen und schließlich, welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Konsumverhalten und der politischen Einstellung (14).

Im ersten Kapitel mit der Überschrift *Bürokratie* verfolgt Sennett den Weg vom unorganisierten „primitiven“ Kapitalismus des frühen 19. Jahrhunderts zu einem stabilisierten und organisierten Kapitalismus. Das von Max Weber analysierte militärische Organisationsmodell der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts sei auch für die Organisation des Kapitalismus leitend gewesen, gipfelnd im Bismarckschen Modell eines „sozialen Kapitalismus“ (23). Die strategische Planung der Profitmaximierung, die Suche nach langfristigen Erträgen, die Stabilisierung der Unternehmen auch in Krisenzeiten – all diese Elemente einer Bürokratisierung machten sich in der Geschäftswelt, im Staat und auch in der zivilen Gesellschaft bemerkbar. „Im Mittelpunkt dieses militärisch-sozialen Ka-

pitalismus stand die Zeit.“ (24) Diese wurde jetzt planbar und vorhersagbar, womit auch eine gewisse Sicherheit für die subalternen Klassen verbunden war. Die sich vergrößernde Bürokratie sorgte für Kontinuität und soziale Integration, wobei Sennett diese repressive Form der Integration keineswegs idealisiert. Die repressive Form der Einordnung funktioniert durch die „Disziplin verzögerter Belohnung“ (30): Das Versprechen eines zukünftigen Lohns bewirkt die Befolgung gegenwärtiger Anordnungen, was nur durch die Sicherheit der kontinuierlichen Zeit gewährleistet werden kann. Für Sennett ist diese Strukturierung der Zeit das entscheidende Kriterium dieser Epoche: „Alle sozialen Beziehungen brauchen Zeit zu ihrer Entwicklung.“ Mit dem vom flexiblen Kapitalismus verkündeten Ende dieser Epoche verändert sich auch die Strukturierung der Zeit und damit die Qualität sozialer Beziehungen. Sennett beschreibt diese „Befreiung“ aus dem Gehäuse der militärischen Organisation und den Übergang zum neuen Kapitalismus der Gegenwart. Die Entwicklung zum Shareholder-Kapitalismus, die damit verbundene Orientierung an kurzfristigen Ergebnissen und schließlich die Entwicklung der neuen Fertigungs- und Kommunikationstechnologien sind laut Sennett die entscheidenden Komponenten für die Ablösung des alten Modells (34 f.). Die veränderte Struktur der Unternehmen macht sich für die Individuen in vielfacher Hinsicht bemerkbar: Die Kontinuität der Arbeit verschwindet, die sozialen Beziehungen zwischen den Beschäftigten verflüchtigen sich, Sicherheit

und Planbarkeit sind nicht mehr gewährleistet, diffuse Verunsicherungen und Ängste nehmen zu.

Einen Grund für diese diffusen Ängste, von denen auch diejenigen erfasst werden die scheinbar auf der gesicherten Seite leben, ist das von Sennett so genannte „Gespenst der Nutzlosigkeit“, d.h. die Drohung, aus dem Karussell des Verwertungsprozesses hinauszufallen. Qualifikation und lebenslanges Lernen sind die angebotenen Sicherungen, aber auch die Drohung für die Individuen. Der moderne Kapitalismus suche sich seine Arbeitskräfte dort, wo sie am billigsten seien – so eine allgemeine Weisheit. Sennett sieht in ihr nur die halbe Wahrheit, denn es gehe dem Kapital um billige Löhne *und* hohe Qualifikation, die es jedoch längst auch in den aufstrebenden Staaten des Südens gibt, wie er am Beispiel der Arbeitskräfte in den indischen Callcentern deutlich macht. Diese Konkurrenz nicht nur mit billigen, sondern auch gut ausgebildeten Arbeitskräften anderer Länder verknüpft oftmals die Angst der Nutzlosigkeit mit der „Fremdenangst“ und dem Rassismus. (73)

Ein weiteres Element des „Gespenstes der Nutzlosigkeit“ ist das Alter, die Entwertung der Erfahrung im Arbeitsleben. Die Haltbarkeit von einmal erworbenen Qualifikationen wird immer geringer – ein Blick auf die eigenen Computerkenntnisse und die ständig neuen Anforderungen verdeutlicht dies. Qualifikation bedeutet somit keinen fixen Wert, sondern muss immer wieder erneuert werden. Für die Unternehmer stellt sich hier die Frage, ob sie in die Weiterbildung älterer Beschäftigten oder

in die frisch erworbenen Qualifikation junger Absolventen „investieren“ sollen. Erfahrung und Kontinuität gelten als Erstarrung und Ausweis einer unflexiblen Haltung, die den Erwartungen widerspricht.

Im letzten Kapitel mit der Überschrift „Politik als Konsum“ versucht Sennett, die Veränderungen des neuen Kapitalismus mit der veränderten Präsentation von Politik zu vergleichen. Ausgangspunkt ist die Frage, ob sich Politik heute – analog zum Prinzip des Wal-Marts – als eine riesiges Reservoir an Konsumangeboten präsentiert, das sich dem Wähler/Kunden jedoch nicht mehr durch Überredung/Vermittlung andient. In den Blick gerät dabei die ‘emotionale’ Seite des Konsums, mit der den Kunden nicht ein Produkt, sondern eine Lebensgefühl, ein Image verkauft wird. Diese Seite des Konsums ist für die Werbestrategen der Konzerne inzwischen die entscheidende geworden. Auch die Politik enthält, schon immer, diese emotionale Seite. Doch ihre der Wirtschaft folgenden „Vermarktungsstrategien“ führen zur Passivität der Bürger, die als Konsumenten und nicht als aktiv beteiligt angesehen werden. Politik stelle sich heute analog zum Konsum als eine Abfolge immer neuer Angebote dar, wobei die reale Gleichförmigkeit unter der Hülle oberflächlicher Differenzierungen versteckt werde. Analog zur Wirtschaft befördere die Politik heute durch ihre ‘Reformen’ die diffusen Ängste und Verunsicherungen. „Die Kultur des neuen Kapitalismus ist auf einzelne Ereignisse, Transaktionen und Eingriffe ausgerichtet. Progressive Politik ist dagegen auf dauerhafte Beziehungen und akkumu-

lierte Erfahrungen angewiesen. Kurz gesagt, die nichtprogressive Tendenz der neuen Kultur besteht darin, wie sie mit Zeit umgeht.“ (140)

Richard Sennetts Buch lässt sich mit einem Höchstmaß an Gewinn lesen und ist zudem in bester Tradition populär geschrieben. Es erklärt unsere Lebensrealitäten im gegenwärtigen Kapitalismus und bietet politische Ansatzpunkte für eine Veränderung dieser Realität.

Gerd Wiegel

## Medien: Multisektorale Konzentration und Selbstzensur

*Christiane Leidinger, Medien - Herrschaft - Globalisierung. Folgenabschätzung zu Medieninhalten im Zuge transnationaler Konzentrationsprozesse, Westfälisches Dampfboot Münster 2003, 615 S., 39,80 Euro*

Im Sommer 2004 übernahm der Unternehmer Serge Dassault Socpresse, den zweitgrößten Pressekonzern Frankreichs, zu dem u.a. Le Figaro gehört.<sup>1</sup> Im Frühjahr 2005 stieg die Lagardère-Gruppe, die bereits seit Jahren im Mediengeschäft aktiv war, zudem bei Le Monde ein. Gemeinsam ist den beiden Konzernen ihr zweites, schwergewichtiges Produktionsstandbein: die Rüstungsindustrie. Multisektorale Konzentration heißt dieses Phänomen, dem sich die Politologin Christiane Leidinger als einer spezifisch und prekären Verflechtungsform im Zuge der Globali-

<sup>1</sup> Vgl. Mark Hunter/Salim Jaouani, Von Fendern und Schwertern. Waffenhersteller kontrollieren zwei Drittel der französischen Tagespresse, in: message 1/2005, S. 16-19

sierung der Medien ausführlich widmet.

Vor dem Hintergrund der Besonderheit der Ware Medien und der damit verbundenen gesellschaftspolitischen Bedeutung medialer Öffentlichkeit untersucht die Autorin, ob und wie sich der Prozess der „Medienglobalisierung“ vom allgemeinen Globalisierungsprozess unterscheidet (21). Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass die „Medienglobalisierung weitaus weniger spezifischen Charakter hat“ als üblicherweise angenommen (399). Ein Grund dafür liegt im „Übergewicht des unspezifischen Warencharakters der Medien“, das durch die „strukturelle Umdeutung“ der Medien, v. a. des Fernsehens, vom Kulturgut zum Wirtschaftsgut entstanden ist (siehe EG-Fernsehrichtlinie; u.a. 385; 400). Die verstärkte Ausrichtung der Medien an „Profitlogiken statt an gesellschaftlichen Belangen“ interpretiert sie als Teil des Entbettungsvorgangs im Rahmen der Globalisierung. Die Hyperkommerzialisierung der Medien bedeutet auch, dass sich eine „deutliche Binnenverschiebung innerhalb des doppelten Charakters der Ware Medien vollzieht: Der Gebrauchswert der Ware Medien wird deutlich zugunsten des Tauschwertes der Medien verschoben“. Dies bedeutet im Ergebnis für die Medieninhalte: „Was sich nicht in Profit einbinden läßt, fällt heraus oder wird marginalisiert.“ (394)

Trotz deutlicher Übereinstimmungen mit dem allgemeinen Prozess der Globalisierung und medienspezifischer Aspekte stellt die Autorin einige medienglobalisierungsspezifische Elemente heraus: „Ausschlaggebend für die Kennzeichnung als spezifi-

sche Form der Globalisierung der Medien sind drei zentrale Elemente, bei denen in unterschiedlicher Gewichtung politische, ökonomische und technische Aspekte ineinandergreifen“: erstens die Verfügung über Inhalte von Medien, zweitens die damit zusammenhängende multi-sektorale Konzentration und drittens die Technologien, die etwa für die Finanzmärkte „zentrales Hilfs- und Verstärkungsmittel“ darstellen, während sie im Medienbereich „strukturelle Voraussetzung und Motor des Prozesses sind“, was in Anbetracht von Neuanbietern und Kanalvielfältigung einleuchtet (405-411). Die potentielle politische Gestaltbarkeit des Prozesses fasst Leidinger in der Formulierung der „kontingente[n] Spezifik der Medienglobalisierung“ (405).

Besonders spannend ist Leidingers Auseinandersetzung mit (multisektoraler) Konzentration und Fragen von Zensur – eine Thema das in Ländern wie der BRD die Verantwortlichen weit von sich weisen. Mit Anleihen bei der kritischen Technikfolgenabschätzung und Risikoforschung entwickelt die Autorin Überlegungen zur Konzentrationsfolgenabschätzung. Sie will damit die „Antizipation“ möglicher Gefahren stärken, um Folgen nicht erst dann zu erkennen, wenn sie bereits unübersehbare Ausmaße angenommen haben (128-137). Als journalistisches Risiko analysiert die Autorin mit einem sprachlich etwas sperrigen Begriff die „marktstrukturell vermittelte Selbstzensur im Kapitalismus“ (70-94). Die eigenwillige Schreibweise von Selbstzensur wählt sie, um die enge Verbindung zwischen Zensur

(ob angedroht, befürchtet oder durchgeführt) und Selbstzensur der journalistischen Subjekte zu unterstreichen.

Leidinger betritt vor dem Hintergrund der Verflechtung von Medien- und Rüstungsindustrie auch wissenschaftliche unbequeme Seitenpfade, wie etwa ihre Auseinandersetzung mit der Militarisierung bundesdeutscher Gesellschaft und Politik zeigt, die eine Militarisierung der Medien und der Medienökonomie vorantreibt (249-257).

Eine weitere analytische Stärke der Studie liegt in ihrem Hauptteil zur Globalisierung der Medien: Hier setzt sie sich mit Thesen zum Kulturimperialismus auseinander, reflektiert und systematisiert bisherige Ansätze und macht u.a. Kulturbindungen der Medienproduktion und den Zugriff des Globalen auf das Lokale am Beispiel ausländischen Medienkapitals in Osteuropa deutlich, wo einst politische Blätter zu nichtssagendem Heimatpostillen umgekrempelt wurden (258-378).

Nicht allzu lang hält sich die Autorin mit konkreten medienpolitischen (Gegen-)Maßnahmen auf. Es stelle sich zwar im Rahmen systemimmanenter Argumentation die Frage nach „radikaler Re-regulierung des Medienmarktes auf supra-nationaler Ebene“, diese würde aber mit Blick auf die frustrierenden politischen Einschätzungen der bisherigen Regelungspraxis vernachlässigt. Zudem bedürfe es in Anbetracht des Konzentrationsgrades einer „Entflechtungspolitik“, für die es allerdings keine politischen Kräfte gäbe (420).

Die Autorin plädiert für eine „Wie-

derbelebung des Kampfes für Redaktionsstatute“, die die Autonomie der Redaktionen garantierten. Ebenso plädiert sie für alternative Finanzierungsmöglichkeiten medialer Gegenöffentlichkeiten aus Steuergeldern, für eine vielfältige Landschaft von Alternativöffentlichkeiten sowie für die Partizipation von BürgerInnen an der Medienpolitik (419-425).

Enttäuscht werden diejenigen Leserinnen und Leser, so nimmt sie eine etwaige Kritik in ihrer Einleitung vorweg, die auf neue Regulierungsprofile oder eine Zusammenstellung von Primär- und Sekundärdaten gehofft haben (31). Trotzdem bietet die eingängig und verständlich geschriebene Studie mit vielen Querverbindungen und Anregungen eine Fülle an Material zur politischen Ökonomie der Medien (v.a. zu multisektoraler Konzentration). Nach wie vor ist Leidingers Buch die einzige aktuelle deutschsprachige Monographie zu diesem Thema. Neben dem Sachregister wäre auch ein Konzernregister sinnvoll und wünschenswert gewesen.

So politisch aufgeladen wie sie ihr Buch mit der alten Parole und Diskussion um „Enteignet Springer“ begonnen hat, schließt die Autorin: „Insbesondere das Tabu der Selbstzensur in den Medien, deren Bedingungen und gesellschaftliche Einbettung ist dringend zu politisieren. Denn auch bezogen auf die – global – medial vermittelte Öffentlichkeit gibt es kein, oder nicht ganz so politikeuphorisch formuliert, sollte es kein ruhiges Hinterland geben.“ (427)

*Stefanie Soine*

## **Kriminalgeschichte des Kapitalismus**

*Werner Biermann/Arno Klönne, Kapital-Verbrechen. Zur Kriminalgeschichte des Kapitalismus, PapyRosa Verlag, Köln 2005, 207 S., 14,80 Euro*

Braucht der politisch interessierte Leser wirklich noch eine „Kriminalgeschichte des Kapitalismus“ – nachdem vor nicht allzu langer Zeit selbst die Wühltische der Kaufhäuser mit diversen „Schwarzbücher Kapitalismus“ vollgestopft waren und der schon seit Jahren zum Alltag gehörenden Meldungen über das, was offenbar den innersten Kern der westlichen Welt bzw. der atlantischen Wertegemeinschaft ausmacht – Krieg, Folter und Korruption? Das kann man bezweifeln. Aber angesichts des affirmativen Geschichtsunterrichts in den Schulen und der keineswegs erfolglosen Gehirnwäsche durch die omnipräsenten Medien ist jede lebendig geschriebene und materialreiche Geschichte der kapitalistischen Entwicklung grundsätzlich wichtig. Trägt sie doch dazu bei, das heute dominierende Patchwork-Verständnis von Geschichte und den entsprechenden Betroffenheitskult zu konterkarieren und über ein System aufzuklären, das von sich behauptet „there is no alternative“. Das Werk von Biermann/Klönne kann deshalb vor allem für die jüngere Generation von Interesse sein, zumal der Untertitel etwas in die Irre führt und vielmehr Episoden „aus der Alltagsgeschichte des Kapitalismus“ (so zutreffender die Einleitung) den Inhalt des Buches bilden. Das Ziel der Autoren ist nämlich die Beschreibung der ganz

normalen Kriminalität „in der Geschichte der Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse und industrieller Warenproduktion, von der überseeischen Expansion Europas bis in die Gegenwart; vom Raub der Edelmetalle Amerikas, der Freibeuterei, dem Sklavenhandel und den Zuckerplantagen in der Karibik oder der Vernichtung indischer Baumwollmanufakturen als Voraussetzung für die englische Textilindustrie, über die ‚Modernisierung‘ des Kapitalismus durch Fließbandarbeit, um die Mächenschaften beim Öl, dem Treibmittel der modernen Wirtschaft, bis hin zur heutigen Rüstungsindustrie“ (7f). Diese Facetten der allgemeinen „verbrecherischen Gewohnheiten“ des Kapitals sind nicht willkürlich ausgewählt. Vielmehr geht es Biermann/Klönne darum, „anhand der für die verschiedenen Entwicklungsstadien des Kapitalismus jeweils prägenden Leitsektoren eine historische Skizze anzulegen“ (8).

Die Plünderung der Silber- und Goldschätze beider Amerika und das brutale Vorgehen gegen alle Nichteuropäer charakterisiert den Charakter der ursprünglichen Akkumulation und seines durch ein inhumanes Menschenbild geprägten ideologischen Überbaus. Die Geschichte der Zuckerproduktion und des Sklavenhandels steht am Anfang des bis heute gültigen Beziehungsmuster der strukturellen Abhängigkeit zwischen europäisch-nordamerikanischem Zentrum und trikontinentaler Peripherie. Während Baumwolle der Rohstoff der industriellen Revolution war, ist Öl das Treibmittel der modernen Wirtschaft, die mit dem Fließband und der Schreibmaschine, d.h. dem soge-

nannten Fordismus, ihren Anfang nahm. Aber wenn selbst Massenproduktion unter „Kapital-Verbrechen“ subsumiert wird (was ohne Zweifel seine Berechtigung hat), stellt sich die Frage, was Biermann/Klönne unter Kriminalität und Verbrechen verstehen. In erster Linie orientieren sie sich zwar am Bruch nationaler und/oder internationaler Rechtsnormen durch das Kapital, verfallen aber keineswegs in Rechtspositivismus: „Wir betrachten als verbrecherisch diejenigen vom Kapitalinteresse angetriebenen Operationen, die systematisch gegen Menschenrechte gerichtet waren oder diese für belanglos hielten [...] Nicht überall sicherte und sichert das 'geschriebene' Recht die menschlichen Grundrechte ab. Allen anderen Menschenrechten voran steht der Anspruch, nicht durch Gewalt oder Hunger oder Ausbeutung zu Tode gebracht zu werden.“ (9)

*Karl Unger*

### **Auseinandersetzung mit Zivilisierungsmissionen**

*Boris Barth/Jürgen Osterhammel, Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert, UVK, Konstanz 2005, 438 S., 39,00 Euro*

Die erste Ahnung, die sich bei einem Titel wie „Zivilisierungsmission“ einstellt, ist nicht unbegründet. Man denkt an postkoloniale Theoriebildung und eine Fokussierung kultureller Felder imperialistischer und kolonialer Politiken – und liegt damit nicht falsch. Nicht gänzlich zumindest, denn postkoloniale Ansätze

spielen durchaus eine Rolle in diesem aus einer 2003 in Konstanz abgehaltenen Tagung hervorgegangenen Sammelband, insbesondere dann, wenn Beweise für das in beide Richtungen wirksame koloniale Wechselverhältnis angeführt werden, was nicht selten im Fokus steht. Andererseits betonen die Herausgeber bereits im Vorwort ihre Abgrenzungsbedürfnisse gegenüber vorschnellen Imperialismusannahmen und deuten damit eine grundsätzliche Einverständniserklärung mit zivilisatorischen Missionen an. Zwei Grundideen stünden dafür: die Prämisse, dass nicht jede zivilisatorische Form gleich tolerabel ist, sich also bestimmte Rechtsnormen vor anderen konkurrierenden argumentativ als überlegen erweisen, man also von universal gültigen, verbindlichen ausgehen kann und zweitens, dass eine Verwirklichung jener auch mittels Intervention für erforderlich und legitimierbar zu erklären ist. (9) Wenn man hierin keine bloße Bemäntelung anderer Kontroll- und Eroberungsziele sieht, dann ist Theorie und Praxis von Zivilisierungsmissionen nicht grundsätzlich als imperialistisch motiviert zu betrachten. (10) Über diese gegenwartstaugliche Vermittlung, die sich sinnvoll im Rahmen humanitärer Interventionen diskutieren und überprüfen ließe, wird aber ein etwas missverständlicher Eindruck durch die Ausrichtung eines Großteils der Texte erzeugt. Überwiegend nämlich handelt es sich um Analysen zu historischen Fällen aus der Hochzeit des europäischen Kolonialwesens, und überdies wird hier selten das Element einer eingreifenden Schadensabwehr bzw. Unheils-

verhütung bemüht, die im Zentrum heutiger Zivilisierungsdiskurse stehen, sondern eher die konstruktive Arbeit am als Telos der Zivilisationsprozesse entworfenen Modell europäisch-westlicher Provenienz. Gerahmt werden die Fallstudien durch zwei grundsätzliche Erörterungen zum Thema Zivilisierungsmission. Den Auftakt gibt ein philosophischer Beitrag von Wolfgang Schröder über Anspruch und Recht von Zivilisierungsmissionen, die sich deshalb von rein begriffsgeschichtlich-historischen Fragestellungen emanzipiert, die wiederum im Zentrum des abschließenden Essays von Mitherausgeber Jürgen Osterhammel stehen. Beide Texte geben dem Buch ein Gerüst, das Orientierung bietet für die spezifischen Fallanalysen. Auffällig ist jedoch, dass zwischen der positiv formulierten ethisch-politischen Legitimationsherleitung Schröders und der deutlich negativen Bewertung im Anwendungsteil eine erhebliche Diskrepanz besteht. Nichts läge dem Konzept des Bandes ferner, denn eine affirmierende Geschichte zivilisierungsmissionarischer Episoden zu erzählen. Die große Lücke zwischen den fundamentalen Überlegungen und den konkreten Fällen mag daher rühren, dass sich in Schröders Text Versuche zur Entkräftung am Universalismus Kritik übender Stränge wie des Kulturrelativismus erkennen lassen. So kanzelt der Beitrag exemplarisch Richard Rortys Überlegungen zur Inkommensurabilität zwischen Wertesystemen von Kulturen ab und bemüht sich mehr darum, eine intersubjektive Begründungsebene für Modelle von Zivilisierungsmissionen zu ent-

wickeln. (25-26; 31-32) Obschon die anderen Autoren nicht als Kulturrelativisten bezeichnet werden können, so kann doch für viele Texte eine deutliche Skepsis gegenüber Projekten, die sich kraft eines angenommenen Zivilisationsvorsprungs zur Missionierung aufmachen, konstatiert werden. Positionen, die davon ausgehen, dass es einen zivilisatorischen Fortschritt gibt, der nicht perspektivisch-gewaltförmig, sondern objektiv ist, wird man gründlich suchen müssen. Andererseits mag dies auch an den Untersuchungsgegenständen liegen, die ihr Setting eben nahezu allesamt in kolonialistischen Blüteperioden haben und sich nicht zu universalistischen Identifikationsmotoren eignen. Sobald die Herausgeber versuchen, das Konzept Zivilisierungsmission in die Gegenwart zu übertragen und Verbote von Sklaverei und Folter oder die Genozidkonvention ins Spiel bringen, liegt ihnen viel an einer Wertschätzung universalistischer Konzepte, seien sie noch so okzidental erdacht. Aber auch für zeitgenössische Konfliktfelder gilt ihnen nicht die simple Formel westliche Werte minus Imperialismus und Kolonialismus erbebe eine globale Konsenslösung. Die Diskussion über die tatsächliche universale Qualität „europäischer Werte“, die beispielsweise in EU-Debatten zum Türkeibeitritt artikuliert werden, wird für unabgeschlossen erklärt. (9; 422-424) Eine andere historische Begründung, das Konzept Zivilisierungsmission nicht völlig im negativen Licht untergehen lassen zu wollen, scheint in ihrem antagonistischen Verhältnis zum konkurrierenden Rassismus zu liegen. (211; 228) Allerdings stellt sich dabei die

Frage, ob das von Boris Barth formulierte Konkurrenzverhältnis tatsächlich so zutreffend ist. Denn auch wenn zunächst klar scheint, dass ein Gegensatz zwischen der Biologisierung von kulturellen Differenzen und der Überzeugung von einer Notwendigkeit der Vermittlung von als überlegen eingeschätzten Grundsätzen an „veredlungsfähige“ oder nicht-installierte Zivilisationen existiert, ist das Verhältnis der beiden Ideologien womöglich schwieriger. Wie Jürgen Osterhammel in seinem Aufsatz betont, ist es um den Umschlag der Zivilisierungsmission in Rassismus sehr schnell geschehen, wenn sich unerwarteter Widerstand der zu Zivilisierenden artikuliert. Die dann eintretende Kompatibilität der Konzepte ist aber wohl als Folge des bereits für die Zivilisierungsmission konstitutiven hierarchisierenden Blicks zu sehen, der die zivilisierende Perspektive in naturalisierende Haltungen verwandeln lässt, wenn sich das eigene Bild als fürsorglicher Wohltäter nicht durch die Empfänger bestätigen lässt. Auch Christian Koller arbeitet sich an positiv-emanzipatorischen Verurteilungen von Zivilisationsmissionen ab und analysiert die Diskussion um sozialistische Kolonialpolitik, die hier beispielhaft an Argumentationsfiguren Kautskys und Bernsteins untersucht wird. Der auch heute noch nützlich zu betrachtende Konflikt wird dabei hauptsächlich über die Frage ausgetragen, wie die Zivilisierungsmission der Arbeiterklasse, eine sozialistische Politik gegenüber dem als zivilisatorisch deutlich zurückliegend wahrgenommenen Außereuropa zu gestalten sei. Zieldifferenzen sind hier weniger das Prob-

lem als das Verhältnis der Kategorien Fortschritt und Selbstbestimmung. Während sich die antikolonialistischen Kautskyaner dabei als Apologeten einer prinzipiellen Selbstbestimmung erweisen und diese als Manifestation und notwendige Voraussetzung für Fortschritt betrachten, (233-234) gefallen sich Anhänger einer sozialistischen Kolonialpolitik mit der Ausrichtung, Selbstbestimmung habe sich dem Fortschritt unterzuordnen und könne nur dort gewährt werden, wo sie diesem nicht abträglich sei. (238-239) Arbeitet Koller dies und vor allem die erstaunliche Konvergenz in der mindestens paternalistischen Zivilisationskluftannahme heraus, so wäre es vielleicht überdies ertragreich gewesen, eine Überprüfung heutiger linker Diskurse auf eben jene Argumente zu bemühen. Eine Diskursanalyse zur Bewertung beispielsweise des letzten Irakkriegs von antideutschen bis antiimperialistischen Positionen könnte hier möglicherweise Anchlüsse herstellen. Ganz im Sinne eines Verständnisses von Zivilisierungsmissionen als Eliteprojekte funktionieren dann allerdings einige weitere Texte. Dabei kann besonders die Untersuchung Harald Fischer-Tiné hervorstechen, die verdeutlicht, dass nach seiner Herausarbeitung interner Zivilisierungsmissionen eine Re-Etablierung der Kategorie Klasse gerade für die Analyse der Gesellschaft der Kolonisatoren dringend nötig ist. (198) Seine Untersuchung zu Arbeitshäusern im kolonialen Indien für Europäer zeigt, dass „kriminelle“ oder nichtsesshafte Figuren der eigenen Unterschichten bisweilen gar als distinkte Rasse konstruiert wurden, um der Erosion

des „native respect“ entgegenzuwirken und vor allem das imperiale Erziehungsprojekt der britischen Eliten vor dem Ruin zu bewahren. Im Normalfall wurde jedoch versucht, weiße Armut, Landstreicherei, Alkoholmissbrauch und Kriminalität in Indien aus charakterlichen Defizite abzuleiten und sie einer Umerziehung in „totale(n) und asketische(n) Institutionen“, so beschreibt Fischer-Tiné mit Foucault die Disziplinierungen der Arbeitshäuser, zuzuführen. (182-193) Wichtig ist dabei der Umstand, dass diese innere Domestizierung für notwendig erachtet wurde, um der politischen Bedrohung, dem potentiell grenzverwischenden Verhalten der untersten Schichten der Europäer, der „in-between-group“, den bürgerlichen Normkodex der weißen kolonialen Oberschicht überzustülpen und den Mythos der kolonialen Differenz sichern zu können. (197) Wenn auch nicht alle Texte an dieses Erkenntnisniveau heranreichen können, so ist die Sammlung inklusive der Perspektiven auf eine Gegenwartseinschätzung von Zivilisierungsmissionen insgesamt überaus zu schätzen.

*Johannes Springer*

## **Legenden über Hitler**

*Werner Maser, Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin. München, Olzog-Verlag, 2004, 289 S., 34,00 Euro*

Historische Ereignisse ebenso wie historische Persönlichkeiten sind bekanntlich bevorzugte Objekte für bewußte, absichtliche Legendenbildungen, für Apologetik, für Fälschungen, um sie entweder einer

Rechtfertigung oder einer Verdammung wegen aufzuwerten oder abzuwerten. Aktuelle Literatur über Hitler-Deutschland, über die Sowjetunion und auch über die DDR bietet hierfür vielfältige Beispiele und ist mit größter Vorsicht zu behandeln. Ein entsprechender verfälschender Umgang mit Geschichte kann mit dem Ziel von Sensationshascherei seitens publizistischer und pseudowissenschaftlicher Scharlatane, in vielen Fällen aber zu politisch-ideologischen Zwecken geschehen, für die sich auch professionelle Historiker hergeben. Davon muß man Erkenntnislücken aufgrund mangelnder Quellenlage unterscheiden, die später bei verbesserter Quellenlage von den nachfolgenden Forschungen ausgefüllt werden können. Außerdem hat man es immer wieder mit vielerlei Publikationen zu tun, die lediglich einen agitatorischen Charakter besitzen, dem politischen Tageskampf dienen und keinen Anspruch auf Wahrhaftigkeit erheben.

Maser, wohl ohne Zweifel einer der besten Kenner der Quellen zum deutschen Faschismus und besonders zu Hitler, die er in großem Umfang nicht nur zitiert, sondern vielfach gänzlich – teils als Faksimile – abdruckt, verfolgt mit diesem Buch den Zweck, „an exemplarischen Beispielen“ zu zeigen, „wie die Geschichte verdreht, verfälscht wurde – und vielfach weiterhin wird“. (11) Somit beschäftigt er sich äußerst kritisch mit einer Vielzahl von Legenden und Fälschungen in unterschiedlichen Publikationen zum gegebenen Thema, nicht selten mit dem Impetus eines keineswegs unparteiischen polemischen Missionarismus.

Es handelt sich um ein Buch für Fachhistoriker. In einzelnen, gesonderten Abrissen ist der Verfasser bemüht, die korrekte Übereinstimmung mit den zugänglichen Quellen zu prüfen, an konkreten Beispielen nachzuweisen, daß Fälschungen oder Legendenbildung vorliegen, um die historische Wahrheit zu rekonstruieren. Vordergründig befaßt er sich mit zahllosen Details. Die Darlegungen verlieren sich in Einzelheiten; es geht Maser nicht um die Aufhellung von historischen Gesamtzusammenhängen und Ursachen der behandelten Vorgänge und Ereignisse. In einem Labyrinth von häufig nebensächlich erscheinenden Fakten, so unbestreitbar sie sein mögen, geht das Wesentliche, nämlich die verbrecherische Aggressivität Hitlers und des deutschen Faschismus unter, ganz zu schweigen vom imperialistischen Nährboden für das Unheil, das den anderen Völkern zugefügt wurde.

Aus der Vielzahl der quellenkritischen Abrisse, der Auseinandersetzungen, der tatsächlichen und vermeintlichen Richtigstellungen seien im folgenden einige dargestellt. Mit der Legendenbildung um seinen Werdegang hatte Hitler, wie der Autor erneut zeigt, selbst begonnen, und zwar in einem kurzen Abriß seines Lebens vom November 1921. Als falsch weist Maser z. B. die Aussage nach, er, Hitler, sei einst ein notleidender Hilfsarbeiter gewesen, denn er hätte stets über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, was auch dokumentiert wird. Auch viele andere Angaben, auf die sich spätere Biographen gestützt haben, hätten nicht der Wahrheit entsprochen. (12 ff., 82 ff.) Was Hitlers Herkunft und Ab-

stammung anbelangt, werden dem englischen Historiker Alan Bullock und dem ehemaligen hohen faschistischen Amtsträger Hans Frank „tatsachenwidrige Darstellungen“ nachgewiesen. (49 ff.) Falsch seien Kimberley Cornishs Spekulationen über Hitlers Schulzeit in Linz und dessen angebliche Beziehung zum Mitschüler Ludwig Wittgenstein. (61 ff.) Korrigiert werden verbreitete Auffassungen über Hitlers frühzeitige Entwicklung zum Antisemiten (68 ff.), während der Leser an anderer Stelle ausführlich über „des Führers ‚gute Juden‘“ informiert wird. (371 ff.) Man erfährt, das Hitler – entgegen einer entsprechenden Behauptung – in den Jahren 1912-13 niemals bei seinem Halbbruder Alois in Liverpool war. (73 ff.) Die „sozialbiographische“ Darstellung von „Hitlers Stellenwert in der Bevölkerung“ durch den englischen Historiker Ian Kershaw wird als unzureichend erklärt. Und der Historiker und Politologe Albrecht Tyrell habe Hitler als „naiv verharmlost“ dargestellt, was der Persönlichkeit Hitlers nicht gerecht werde. (87 ff.) Eine Unterschätzung und Abwertung der politischen Qualitäten Hitlers in dessen Frühzeit wird auch Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky und anderen vorgeworfen. (90 ff.) Ein „psychoanalytisches“ Fehlurteil über Hitler wird – aufgrund mangelnder Quellenkenntnis – dem deutsch-amerikanischen Sozialphilosophen Erich Fromm zum Vorwurf gemacht. (99 ff.) In einer Auseinandersetzung mit Peter Stern, einem früheren Angehörigen der Royal Air Force, macht Maser die britische Regierung und nicht Hitler für die Verletzungen der Bestim-

mungen des Völkerrechts in bezug auf den Schutz der Zivilbevölkerung vor Bombardierungen verantwortlich. (110 ff.) Auch der Initiator der blutigen Abrechnung mit Röhm und dessen Anhängern 1934 sei nicht Hitler, sondern Röhm selbst gewesen (114 f.), als sei es damals nur um eine Machtrivalität und nicht um einen politischen Richtungsstreit gegangen, den Hitler für sich entschied. Aufgrund der von Kujau fabrizierten und 1983 veröffentlichten angeblichen Hitler-Tagebücher wirft Maser der Zeitschrift „Stern“ sarkastisch „Scheckbuchjournalismus“ vor. Ausführlich zeichnet er die Entlarvung dieser Fälschung nach (127 ff.), die als erster nachgewiesen zu haben sein unbestrittenes Verdienst war. Dennoch waren angesehene Historiker wie z. B. Eberhard Jäckel darauf hereingefallen. (120 ff.) Gleichermaßen erwähnt Maser das 1948 vom Schauspieler Luis Trenker in Umlauf gebrachte angebliche Tagebuch von Eva Braun. (144 ff.) Zu den fabrizierten angeblichen Quellen über Hitler, auf die sich sodann viele Historiker (Joachim Fest, Theodor Schieder, Joachim Petzold u. a.) bezogen haben, gehörten auch die von Hermann Rauschning (ehemals SS-Standartenführer und stellvertretender Gauleiter, allerdings bereits nach 1934 emigriert) ausgedachten „Gespräche mit Hitler“, deren angebliche Bekenntnisse Hitlers Maser im Vergleich mit zuverlässigen Quellen ad absurdum führt (204 ff.). Guido Knopp mit seiner Fernsehreihe über Hitler und dessen Helfer wirft Maser zu Recht vor, die Geschichte zu manipulieren, um dem Zeitgeist „Tribut zu zollen“. Keineswegs kann er

Knopp zustimmen, wenn dieser Hitler als einen Psychopathen darstellt, da dies grundsätzlich seinem Hitlerbild widerspricht. (386)

Das einmalig Verbrecherische am Plan und an der Aktion, die jüdische Bevölkerung auszurotten, geht unter in der peniblen Abwägung eines Wustes einzelner Fakten, ob Göring oder Hitler der Urheber war, welche Bedeutung die Wannsee-Konferenz für die „Endlösung der Judenfrage“ besaß, welche Rolle Eichmann spielte, wo es Gaskammern gab und wo nicht, wie groß ihre Kapazitäten waren, ob die Zahl der ermordeten Juden bei 6 Millionen oder 1,5 Millionen lag usw. Mit dem Hinweis, daß nicht die deutschen Faschisten Konzentrationslager erfunden hatten, sondern die Engländer, und daß auch in anderen Ländern Massenmorde geschehen sind, erweckt Maser den Eindruck, das Beispiellose des „Holocaust“ relativieren zu wollen. (300 ff.) Daniel Goldhagens „Holocaust-Deutung“ wird auf eine Verfälschung der Geschichte, auf eine „totale – durch authentische Quellen nicht schlüssig zu rechtfertigende – Übertreibung des Rassismus-Aspekts im Rahmen der NS-Ideologie“ zurückgeführt. (376 ff.)

Zum Buchtitel sei gesagt, daß im Mittelpunkt des vorliegenden, auf Auseinandersetzung angelegten Buches die Lebensgeschichte und die Rolle Hitlers stehen. Stalin wird nur in dem Maße behandelt, wie es seine Beziehungen zu Hitler, zum faschistischen Deutschland generell und seine Rolle im Kriege betrifft und wie es zur Charakterisierung der Unterschiedlichkeit beider Persönlichkeiten nutzbar ist. Während der Le-

ser eine so geschichtsrelevante Tatsache erfährt, daß Hitler gern flog, Stalin jedoch Angst vorm Fliegen gehabt hätte, erfährt er aber nicht, daß Stalin – und zwar für eine gerechte Sache – Hitler besiegte und nicht umgekehrt. Die zivilisatorische Bedeutung des Beitrags der UdSSR im Krieg und für den Sieg über das faschistische Deutschland findet keine Würdigung; im Gegenteil, es wird versucht, die Sowjetunion als den eigentlichen Aggressor darzustellen. Breit werden Untaten und Verbrechen von Soldaten der Sowjetarmee an Deutschen, nicht aber die schon vorher erfolgten Verbrechen der deutschen Wehrmacht und der SS-Verbände in der Sowjetunion dargestellt. Geradezu empört zeigt sich Maser über den Germanisten Peter Stern, der wie viele andere deutlich ausgesprochen hat, daß der „Ostfeldzug“ des faschistischen Deutschlands „mit einem völlig unprovokierten Angriff auf Rußland am 22. Juni“ begann. (110) Wie schon in früheren Veröffentlichungen (z. B. in Maser: *Der Wortbruch. Hitler, Stalin und der Zweite Weltkrieg*. 1994) will er ohne überzeugende neue Quellen beweisen, daß Hitlers Angriff auf die Sowjetunion ein deutscher Präventivkrieg war, indem er einem kurz bevorstehenden sowjetischen Angriff auf Deutschland zuvorgekommen wäre. Hierfür verweist er auf recht zweifelhafte, mehrfach widerlegte bzw. mißdeutete „Zeugnisse“ und fragwürdige Gewährsleute, wie den geflohenen sowjetischen Geheimdienststoffizier V. Suworow, auf den sowjetisch-russischen Konjunkturalhistoriker D. Wolkogonow u. a., während alle Gegenargumente an-

geblich fabrizierte Fälschungen und Lügenmärchen wären. Zu den offensichtlich mißdeuteten sowjetischen Quellen gehören z. B. Dokumente, die Vorkehrungen zur Verteidigung (auch zur „Vorwärtsverteidigung“, wie es sodann in der NATO-Sprache hieß) für den Fall eines deutschen Angriffs zum Gegenstand hatten. Maser ignoriert sowohl Hitlers lange zuvor propagierten Plan, den Bolschewismus vernichten und Lebensraum im Osten gewinnen zu wollen, wie auch die offenkundige Tatsache, daß die Sowjetunion im gegebenen Moment auf den deutschen Angriff nicht einmal ausreichend vorbereitet war. Während Maser Stalins Interesse an einem Krieg zwischen den (imperialistischen) Mächten Europas (Deutschland und Frankreich / Großbritannien) hervorhebt, bleibt das bedrohliche Interesse der Westmächte an einem ausschließlichen Überfall Deutschlands auf die UdSSR unterbelichtet. Neueste sowjetische Forschungen offenbaren aufgrund authentischer Quellen durchaus, daß Stalin in prinzipienloser, verurteilenswürdiger Weise bis zuletzt geneigt war, mit Hitler bei der machtpolitischen und territorialen Neuaufteilung Europas gemeinsame Sache zu machen. Zu diesem Zweck war Stalin 1940 sogar geneigt, die Kommunistische Internationale aufzulösen.<sup>1</sup> Hinzugefügt sei: Stalins internationale Machtpolitik entsprach keineswegs den von ihm propagierten sozialistischen Prinzipien und ist

---

<sup>1</sup> H. Neubert (Hrsg.), *Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940 bis 1968 und die Folgen. Eine Dokumentation* von W. K. Wolkow. Berlin 2003

demnach besonders aus dieser Sicht nicht zu rechtfertigen, was allerdings für Maser kein Thema ist.

Die seinen Wertungen innewohnende Tendenz, die Bedeutung der Verbrechen des deutschen Faschismus mit Hinweis auf Verbrechen anderer Staaten zu relativieren und bei allen sich bietenden Gelegenheiten seine tiefverwurzelte antikommunistische Grundhaltung mit verunglimpfenden Attributen und Unterstellungen zu bekunden, widerlegt den Anspruch Masers, dem Motto Leopold von Rankes folgend Geschichte nur so darzustellen, wie sie tatsächlich gewesen ist. Maser mangelt es an Objektivität in seiner kritischen Auseinandersetzung, unabhängig davon, ob sie berechtigt ist oder nicht. Geradezu empörend und beschämend ist nicht nur die Feststellung Masers, sondern auch seine Wortwahl, wenn er bemängelt, daß „Ausländer, die während der NS-Zeit in Deutschland arbeiten mußten, von der Bundesregierung entschädigt wurden“, während „die deutschen Zwangsarbeiter, die nach 1945 in der Sowjetunion arbeiten mußten, nicht entschädigt“ wurden (25), indem er völlig ignoriert, daß die Zwangsarbeiter in Deutschland für einen verbrecherischen Krieg ausgebeutet wurden, während Deutsche in der UdSSR Wiedergutmachung für die ungeheuren Zerstörungen leisten mußten, die die deutsche Wehrmacht während dieses verbrecherischen Kriegs angerichtet hatte.

Alles in allem: Ein unkundiger Leser wird kaum über die Ursachen und Motive des deutschen Faschismus, seiner Kriegspolitik, seiner Verbrechen aufgeklärt. So vermeidet es

Maser, Hitlers verbrecherische Ansichten und Aktivitäten zu analysieren, während er Stalin, dessen Untaten etwa zu rechtfertigen oder zu verteidigen auch wir keinen Grund haben, als Massenmörder faktenreich charakterisiert. Demgegenüber läßt er sich unverhältnismäßig ausführlich über alle überlieferten Angaben aus, die Charakter, Lebensart, Begabungen, Gesundheitszustand, Rednertalent usw. Hitlers betreffen, und zwar in einer Form, die dessen abnorme verbrecherische Natur de facto in den Hintergrund treten läßt. (388 ff.)

*Harald Neubert*

### **Vom Verbrechen mit päpstlichem Segen bis zu den Golfkriegen**

*Matin Baraki, Kampffeld Naher und Mittlerer Osten. Distel-Verlag, Heilbronn 2004, 119 S. 9,50 €*

„Die Region des Nahen und Mittleren Ostens war von je her Opfer ihrer geostrategischen Bedeutung. Die europäischen Eroberer nutzten sie als Brückenkopf für weitere Expansionen nach Afrika und nach Süd- und Ostasien: Angefangen von den Kreuzzügen über die Eroberung Ägyptens durch Napoleon bis hin zur Kolonialisierung durch die Briten und Franzosen. Auch viele Naturreichtümer der dort lebenden Völker wurden zum Objekt der Begierde der Europäer, vor allem Erdöl.“

Mit diesen einleitenden Sätzen umreißt Matin Baraki sein Forschungsinteresse. Kontinuitäten aufzeigen, um mittel- und langfristige Herrschaftsstrukturen deutlich zu ma-

chen, um die politischen Kampfbedingungen gegen ebendiese zu verbessern. „Die Politik des Westens gegenüber dem Orient von Urban II. bis George W. Bush“, so der Untertitel des Bändchens.

Bleiben wir zunächst beim Autor: Jahrgang 1947, gebürtiger Afghane, der dann in Marburg studiert, promoviert und heute lebt. Es folgen Lehraufträge an vielen deutschen Universitäten, zuletzt im Masterstudium des Zentrums für Konfliktforschung der Universität Marburg, er veröffentlicht fleißig und (mittlerweile) in einem breiten publizistischen Spektrum. Zuletzt mehrere Forschungsaufenthalte in Pakistan und Afghanistan. Die Kapitelüberschriften geben beredt Auskunft über das Vorgehen Barakis: Verbrechen mit päpstlichem Segen, Die „Erfindung“ des Kolonialismus, Der Orient als Opfer seiner geostrategischen Lage, die Geburtsstunde des Neokolonialismus. Unter dem letztgenannten Thema behandelt der Autor das „divide et impera“ als Struktur des westlichen Imperialismus, er bearbeitet die Fälle Iran („als Geisel der USA“), Indonesien, Afghanistan, schließlich, mit einem starken Schwerpunkt, die Golfkriege: „Die gewollten Kriege am Golf“.

Ein ausgezeichnete Anmerkungsapparat, in guter Barakischer Manier vornehmlich auf bürgerliche Quellen gestützt, rundet das Lesevergnügen auf knapp 120 Seiten ab. Einzig, dies an die Adresse des Verlages, eine Literaturliste hätten sich die Leserin und der Leser noch gewünscht. Die Londoner Anschläge geben dem Buch eine aktuelle Brisanz, häufig schreibt Baraki über die Rolle auch

Großbritanniens. Auch die „EU-Imperialmacht“ (S. 93) kommt zu kurz, die in Kooperation mit den USA „nur militärische ‚Lösungen‘ der zum größten Teil von ihnen selbst produzierten Konflikte“ sucht.

Eine Lösung für die destabilisierte Region sieht Baraki zu Recht nicht in den von den Kriegsmächten eingesetzten Marionettenregimen, hier am Beispiel von Afghanistan und Irak dargestellt. „Die einzige Lösung besteht in einer umfassenden Résistance der unmittelbar betroffenen Völker in der Region, flankiert von einer breiten internationalen Solidarität, um ein weiteres Fortschreiten der Barbarei, wenn sie denn nicht zu verhindern wäre, zumindest noch einzudämmen. Um dies zu erreichen, ist ‚Amerikas andauernde Verstrickung‘ (hier greift B. ein Zitat von Z. Brzezinski auf) in einem Befreiungskampf erforderlich.“ An klaren Worten fehlt es dem Autor wahrlich nicht.

*Johannes M. Becker*

### **Eine materialistische Konzeption des Bewußtseins?**

*Klaus Grawe, Neuropsychotherapie, Hogrefe, Göttingen [usw.] 2004, 509 S., 39.95 Euro*

„Fragt man [...], was denn Denken und Bewußtsein sind und woher sie stammen, so findet man, daß es Produkte des menschlichen Hirns [sind] und daß der Mensch selbst ein Naturprodukt [ist], das sich in und mit seiner Umgebung entwickelt hat.“ Dieser Satz stammt nicht von einem der Neurowissenschaftler, gegen die heutzutage aufrechte Geisteswissen-

schaftler verschiedener politischer Couleur im Namen des sog. Geistes und der Willensfreiheit zu kämpfen pflegen, sondern von Friedrich Engels. Dessen Auffassung – einschließlich seiner Rede vom „denkenden Hirn“ – wurde von Wladimir Iljitsch Lenin dick unterstrichen und als „materialistischer Standpunkt“ gewürdigt. (MEW 20, 33; MEW 21, 268; LW 14, 79f.) Die große Mehrheit der modernen Hirnforscher würde dieser Einschätzung wohl nicht widersprechen. Probleme mit dem „materialistischen Standpunkt“ in der Bewußtseinsforschung haben vor allem viele Geistes- und Gesellschaftswissenschaftler, denn von ihm geht ja nicht nur die Drohung aus, daß eingefahrene – je nach Sichtweise – Denkmuster bzw. Hirnschaltungen infrage gestellt werden, sondern es geht hier auch um die Tradition und Existenz verschiedener Berufsstände. Es ist daher einerseits bemerkenswert, andererseits wiederum auch nicht verwunderlich, daß Klaus Grawe, ein renommierter Psychologe und Psychotherapieexperte, ein umfangreiches, gründliches und lehrreiches Werk zur Begründung einer „Neuropsychotherapie“ verfaßt hat, mit dem er die Psychotherapie sozusagen von einem theoretisch diffusen Kopf auf neurowissenschaftliche Füße stellen will, um der Zunft der Therapeuten (so die Buchwerbung) „das erforderliche Know-how für eine professionelle, neurowissenschaftlich fundierte Therapiepraxis“ zu liefern; zumindest, um ihr mittels einer „neurowissenschaftlich informierten Psychotherapie“ (372) eine zukunfts-trächtige berufliche Perspektive zu verschaffen.

Ein solcher praktischer Zweck muß die theoretische Leistung eines Werkes nicht korrumpieren, und diese ist im vorliegenden Fall in der Tat nicht unbeachtlich. Letztlich wird, anhand einer Fülle von neurowissenschaftlichen und psychologischen Forschungsergebnissen, psychotherapeutischen Problemaufrissen und Praxiserfahrungen und von diese verbindenden Überlegungen, überzeugend aufgezeigt, daß Hirnvorgänge keine starren Regelmäßigkeiten und Denkvorgänge keine freischwebenden Geisteserzeugnisse darstellen, sondern veränderbar bzw. selbstständig sowie wechselseitig aufeinander bezogen sind. Diese richtigen Grundannahmen dürften außerhalb der Neurowissenschaften eher auf Befremden denn auf Zustimmung stoßen.

Angelegt ist das Buch freilich nicht als systematische Ausarbeitung dieses theoretischen Rahmens, sondern als Darstellung einer „neurowissenschaftliche[n] Perspektive auf die Problemstellungen der Psychotherapie und [...] der] praktischen Schlussfolgerungen, die sich aus dieser Perspektive ergeben.“ (29) So heißt es in der nützlichen Einführung im ersten Kapitel. Zu diesem Zweck wird dann, ohne Kenntnisse über das Gehirn vorauszusetzen, Grundwissen aus der Hirnforschung für Psychotherapeuten dargestellt, ein zweifellos auch für Gesellschaftswissenschaftler nützliches Kapitel. Des weiteren wird, hauptsächlich am Beispiel von Depressionen, interessantes Wissen über neuronale Entsprechungen oder Gegenstücke („Korrelate“) psychischer Störungen vermittelt. Im darauf folgenden, vom Autor als „zentral“ bezeichneten vierten Kapi-

tel werden unter dem Titel „Bedürfnisbefriedigung und psychische Gesundheit“ Kategorien, Mechanismen und Prinzipien „psychischen Funktionierens“ und dessen neuronale Referenzen dargestellt, wobei einer Konsistenz „psychischen/neuronalen Geschehens“ (186f) eine entscheidende Bedeutung zugemessen wird („Konsistenztheorie“, hierzu weiter unten). Was in dieser Perspektive zur therapeutischen Behandlung psychischer Störungen zu sagen sei, vermittelt der Autor – auf der Grundlage der Ergebnisse umfangreicher eigener Forschungen zur psychotherapeutischen Praxis – in einem eigenen, „Schlussfolgerungen“ genannten fünften Kapitel, in dem vor allem für eine therapeutische Verbesserung der „Konsistenz psychischen Geschehens“ plädiert wird; in den Vordergrund gestellt wird hier eine sog. motivationale Kongruenz, d.h. eine Übereinstimmung der eigenen, erlebten-, verhaltens- und handlungsleitenden Zielsetzungen und der wahrgenommenen Wirklichkeit. (37f, 376ff) Dem folgt schließlich ein „Resümee und Ausblick“ auf Entwicklungsmöglichkeiten der propagierten „Neuropsychotherapie“, darunter auf die Perspektive der Kombination psychologischer mit apparativer „Beeinflussung des Gehirns“. (447)

Daß der Blick des Autors im Grunde auf psychotherapeutische Praxis gerichtet ist, ist gut und richtig; wie er das macht, ist es nicht. Das Leitmotiv der hier propagierten Praxis, das auch deren theoretische Begründung durchzieht, ist eine „psychische Gesundheit“, die durch Erfüllung „spezifischer psychischer Grundbedürfnisse“ gegeben sei, nämlich der Be-

dürfnisse nach „Lust“, „Bindung“, „Selbstwerterhöhung“ sowie „Orientierung, Kontrolle“. Bedingung der Befriedigung dieser Grundbedürfnisse ist die bereits erwähnte Konsistenz, ein Begriff, der einmal auf „neuronale/psychische Prozesse“, ein anderes Mal auf „intrapsychische Prozesse und Zustände“, dann wiederum auf einen „Zustand des Organismus“ und schließlich auch noch auf „psychisches Geschehen“ überhaupt bezogen wird. Konsistenz ist also ein Begriff, der selber nicht konsistent gebraucht wird, obwohl er doch ein „Grundprinzip des psychischen Funktionierens“ bezeichnen soll. (186) Psychische Gesundheit im genannten Sinn könne vor allem durch Erhöhung der Konsistenz gefördert werden, und diese wiederum könne vor allem dadurch erreicht werden, daß es einem Menschen gelingt, „seine motivationalen Ziele besser zu realisieren“, also: die oben erwähnte Kongruenz zu steigern. Damit dieser Mensch nun nicht denke, das habe er/sie immer schon irgendwie gewußt und solche effektiven Praktiken werde er/sie sich selber jetzt ernsthaft vornehmen, werden schließlich noch die „eigenen neuronalen Strukturen“ ins Spiel gebracht, „die Inkonsistenz und damit schließlich Inkongruenz in seinem psychischen Geschehen hervorrufen“, weshalb Selbsthilfe gefährlich sei; „Input von außen“ aber durch „einen Therapeuten macht Sinn“. (377) Allerdings: Bei der Darlegung seiner Schlußfolgerungen für die Psychotherapie beschränkt sich der Autor im wesentlichen auf ein Hortieren mit seinen psychologisch-therapeutischen Kategorien, Konzepten, Techniken und

Instrumenten, wobei seine Verweisungen auf neuronale Implikationen, Mechanismen und Effekte „therapeutischer Veränderungen“ oft wie Leerformeln wirken, trotz wiederholter Betonung einer grundlegenden Bedeutung der Hirnforschung und trotz seines (für Laien wie mich sehr lesenswerten) Unternehmers, Zusammenhänge zwischen diesen therapeutischen Veränderungen und neuronalen Strukturen und Prozessen am Beispiel des Bahnens angsthemmender Erregungsmuster exemplarisch zu beschreiben. (419-433, 440) Der Gerechtigkeit halber will ich erwähnen, daß sich der Autor im klaren darüber ist, daß eine Inkongruenz von Intention und Realität aufgrund etwa von „Armut, Arbeitslosigkeit, schlechte[r] soziale[r] Umgebung“ (und eine daraus resultierende Beeinträchtigung „psychischer Gesundheit“) durch Psychotherapie nicht oder kaum zu verringern ist. (412) Dafür erlaube ich mir aber auch die Vermutung, daß bei der von Klaus Grawe angestrebten und anscheinend vom ihm selber zielstrebig betriebenen „wirkungsoptimierten Psychotherapie“ (420ff) in den Erfolgsfällen meist jener Typ des wirkungsoptimierten Akteurs herauspringen wird, der einem in unserer Gesellschaft der erfolgreichen Macher immer schon auf die Nerven geht.

Meine Kritik betrifft aber vor allem die Ausgestaltung des theoretischen Rahmens des Buchs. Betrachtet man die vielen darin enthaltenen Beispiele und Aussagen über die Verfassung, die verschiedenen Zustände, das Tun und Lassen und die Umfelder menschlicher Lebewesen im Zusammenhang, so drängt sich dem Le-

ser die Vorstellung einer Wechselwirkungskette zwischen Genen, körperlichen Genexpressionen, neuronalen Mustern, mentalen Mustern, Handlungs- und Verhaltensweisen und Sozial- und Umweltverhältnissen auf, die durchaus materiell begründet und die zudem historisch veränderlich ist. Eindrucksvoll sind in diesem Zusammenhang Aussagen wie beispielsweise diejenigen, daß ein „genetisch angedrohtes Schicksal“ durch „Erfahrungen in der frühen Kindheit“ abgewendet werden könne (355), aber auch, daß an der Anbahnung bestimmter möglicher „psychischer Störungen“ „mehrere Gene beteiligt“ seien (351); daß gewisse Hirnareale u. a. eindeutig für die Beachtung konfliktiver Anforderungen und die Einleitung ihrer Behebung zuständig seien (317), aber, andererseits, daß das Gehirn über eine gewaltige „neuronale Plastizität“ verfüge und die verschiedensten Erfahrungen und Umfeldeinflüsse zur Über- oder Unterentwicklung von Regionen und zur „Herausbildung neuer neuronaler Erregungsmuster“ führen könnten. (131-341, 145ff, 319) Die Beispiele, die den materiell-historischen Charakter des sich hier aufdrängenden Mensch-Umfeld-Bildes veranschaulichen könnten, ließen sich leicht vermehren. Und man kann sogar den Eindruck gewinnen, daß das traditionell so genannte „Leib-Seele-Problem“, mit dem das Verhältnis von Körper und „Geist“ thematisiert und dramatisiert wurde und das nicht nur religiöse Leute bis heute erregt, in diesem Buch keine Rolle mehr spielt, zumal sich der Autor ausdrücklich gegen dualistische Theorien wie die von

Paul Eccles und Karl Raimund Popper wendet.

Doch ist dieser Eindruck einer historisch-materialistischen Sichtweise, den der Autor selber gewiß abwehren wird, letztendlich falsch, und dies sicherlich nicht von ungefähr. Es handelt sich schließlich um ein psychotherapeutisches Werk, und ein solches kommt nun einmal ohne die Vorstellung einer (wenn auch nicht unbedingt selbständigen) individuellen Psyche als einer irgendwie zu identifizierenden Instanz nicht aus. Der Ausdruck Psyche kommt zwar im Stichwortverzeichnis des Buches nicht vor, spielt aber in diesem eine hervorragende Rolle, und zwar derart, daß es einer materialistischen Konzeption des Bewußtsein zuwiderläuft. Klaus Grawe schreibt immerhin, etwas holprig: „Es ist gar nicht so klar zu definieren, was mit psychisch eigentlich gemeint ist.“ (60) Aber gleichwohl oder gerade deshalb drängt es ihn oft zur sprachlichen Verdinglichung mentaler Aktivitäten in Form abstrakter Konstrukte, die letztlich Worthülsen sind, z.B. „psychisches Geschehen“, „psychische Entwicklung“, „psychische Konstellation“, ja sogar „psychisches System“. (377, 319, 361, 318) Die erwähnten Vieldeutigkeiten des Konsistenz-Begriffs sollten daher nicht verwundern. Kritisch hervorzuheben ist aber vor allem die Rede von wechselseitigen Bezügen neuronaler und „psychischer“ Strukturen bei Verzicht auf eine grundsätzliche Klärung des Verhältnisses beider und insbesondere des Begriffs des Psychischen selber; eine Klärung, zu der marxistische Psychologen immerhin ange-setzt haben, wenn sie das Psychische

als die Fähigkeit eines hochorganisierten Organismus begreifen, die Realität im Zuge seiner praktischen Interaktion mit dieser in sich zu repräsentieren. Grawes Konzept aber läuft auf eine neurowissenschaftlich verbrämte Neuauflage der „Leib-Seele“-Dualität hinaus. Denn die lobenswerte Hervorhebung des illusionären Charakters (sowie der mentalen Qualität) der Vorstellung eines bewußten „Ich“, das denkt (120, 357), stellt noch nicht die Lösung der Aufgabe dar, das Verhältnis des körperlichen Seins, insbesondere der neuronalen Strukturen und Prozesse, zum Bewußtsein genauer zu begreifen. Werden in diesem Zusammenhang Wörter wie „Fundierung“, „Generierung“ u.a. gebraucht, so führt das nicht weiter, da sie schlicht ein Ursache-Wirkungs-Verhältnis zwischen zwei getrennten Größen und somit Dualität andeuten, wenn nicht unterstellen, aber dies keineswegs einsichtig machen. (118-121). Allerdings wird man von einem Therapie-Lehrbuch, auch wenn sich diese Grundsatzfrage doch offenbar auch auf die Darstellung der therapeutischen Praxis-Perspektive auswirkt, in dieser Hinsicht nicht unbedingt endgültige Lösungen erwarten können, sind doch auch die verschiedenen philosophischen Versuche einer Überwindung des Leib-Seele-Dualismus (in Gestalt von Identitäts-, funktionalistischen und anderen Theorien) immer noch Gegenstand der Kritik und Diskussion.

Abschließend sei noch die Anmerkung erlaubt, daß es bei diesbezüglichen Erörterungen und Lösungsansätzen in der Regel um ein (wie immer geartetes) Verhältnis verschie-

dener (physischer oder neuronaler und psychischer oder mentaler) Ebenen oder Zustände geht. Man darf sich das Verhältnis von neuronalen und mentalen Aktivitäten aber nicht als Beziehung zwischen Ebenen oder Zuständen vorstellen. Es kommt vielmehr darauf an, sie als Momente einer einzigen Aktivität begreifen, die wesentlich, aber eingeschlossen in andere Aktivitäten, dazu beiträgt, verschiedenartige Beziehungen zwischen dem Innengeschehen und dem Geschehen in der Lebenswelt eines individuellen Organismus (nicht nur des menschlichen) zu vermitteln. Das stelle ich mir – hoffentlich nicht allzu laienhaft – so vor: Der Mensch, beispielsweise, denkt als lebender Organismus in einem gegebenen Milieu in und mit dem Gehirn (und damit verbundenen Nervensträngen), indem darin befindliche Nervenzellenverbände betätigt oder gehemmt und miteinander in Erregungsmustern verbunden werden sowie zudem Vorstellungen gebildet oder verdrängt und in Überlegungen miteinander verknüpft werden, die aus Sinneswahrnehmungen der Wirklichkeit und aus im Inneren bewahrten Erinnerungen stammen. Vielleicht ist das so ähnlich, wie wenn ein Mensch in und mit den Lungen (und damit verbundenen Blutbahnen) atmet, indem die daran beteiligten Muskeln betätigt oder entspannt und insgesamt unwillkürlich regelmäßig bewegt werden und dabei ein stetiger Austausch von verschiedenen Gasen zwischen inneren Körpergeweben und der Atmosphäre in der Außenwelt bewerkstelligt wird. Friedrich Engels war, als er in einer einzelnen Bemerkung vom denkenden Hirn

sprach, der Sache schon auf der Spur und anscheinend weiter als manche Spezialisten heute.

*Karl Hermann Tjaden*

### **„Von Athen bis Auschwitz“ - eine Variante der Mythe Europa**

*Zu Christian Meier, Von Athen bis Auschwitz. Betrachtungen zur Lage der Geschichte, C. H. Beck-Verlag, München 2002, S. 240, 22,90 €*

Meiers Buch geht auf Vorlesungen zurück („Kruppvorlesungen“), die der Autor, hochrenommierter Historiker und Präsident der Akademie für Sprache und Dichtung, in den Jahren 2000/01 am Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen gehalten hat. In ihm vertritt er die provokative These, daß die Geschichte Europas mit Athen beginnt und mit Auschwitz endet (9). Athen und Auschwitz markieren Anfang und Ende des „europäischen Sonderwegs“, durch den sich Europa von allen andern Kulturen der Welt abhob, „Schallmauern der Weltgeschichte“ durchstieß, „völlig neue Möglichkeiten der Freiheit, des Wagnisses, Mensch zu sein, des Zusammenlebens, der Erkenntnis, der Wissenschaft, der Naturbeherrschung und Technik sowie des Kapitalismus“ erschloß, „alle anderen Teile der Welt aus ihren Bahnen herausriß“, unterwarf und überformte (162).

Die Frage nach dem ‚europäischen Sonderweg‘, damit auch der weltgeschichtlichen Bedeutung und zivilisatorischen Identität Europas ist heute in der Tat eine geschichtliche, auch geschichtsphilosophische Grundfrage. Worin besteht der geschichtliche Weg

Europas, wie ist er zu bewerten? Der Duktus des ganzen Buchs legt nahe: Meier sieht diesen Weg als zivilisatorischen Progress in weltgeschichtlicher Dimension. Zwar werden Einschränkungen gemacht, eine barbarische Kehrseite der europäischen Zivilisation wird konzediert, das Urteil einer eindeutig positiv zu bewertenden zivilisatorischen Leistung jedoch überwiegt.

Die europäische Geschichte, so Meier, beginnt mit Athen. Die Antike ist „conditio sine qua non Europas“ (96), die „erste Kultur, die nicht auf Herrschaft beruhte, sondern auf Freiheit“ (87). Athen war „demokratisch dominiert“ (67): durch „Selbstbestimmung“ und den „Anspruch, die Welt als gesetzmäßigen Zusammenhang zu erkennen“ (98). Hinzu treten die Leistungen „in Philosophie, Kunst, Literatur“, später „Roms Recht, seine Republik, seine Herrschaft, seine Kultur“, „schließlich die neue Religion der Christen“ (98f.). In diesen Faktoren sieht Meier Europas Beginn, die zivilisatorische Substanz des Europäischen, die Momente, die seinen Sonderweg bestimmt haben. Die europäische Geschichte ist für Meier, was sie für Hegel war: ein Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit: „Geschichte der Herausbildung von Zivilisation, Demokratie, westlicher Lebensart, Staatensystem, politischer Kultur und allgemeiner Gesittung“ (23, vgl. auch 56). Ihr Ergebnis ist die weitgehende Hegung von Gewalt und Krieg (vgl. 168 f.), mit beachtlichen Erfolgen „gerade in den letzten Jahrhunderten (...) in Richtung einer Zivilisierung von Gesellschaften, und zwar freien Gesellschaften“ (168f., vgl. auch 162). Ihr

Vermächtnis sind Freiheit, Menschenwürde, Verantwortung, Erkenntnis, Gleichheit, Solidarität, der Bezug auf Nächstenliebe und das Leiden anderer (178) - als Normen wie Realia geschichtlichen Handelns.

Neu ist diese Sichtweise nicht. Sie gehört zum Kernbestand dessen, was ich die *Mythe Europa* nenne: den Diskurs europäischer Suprematie, der in der Auffassung der historischen Mission Europas gipfelt. In seinem Zentrum steht die Vorstellung, Europa als höchstes Stadium des weltzivilisatorischen Prozesses, „das Zentrum und das Maß der Zivilisation und menschlichen Entwicklung“ (Malandrino) anzusehen; wobei an die Stelle Europas terminologisch ‚Abendland‘ oder ‚Westen‘ treten können.<sup>1</sup> Zu dieser Vorstellung gehört die Konstruktion der Autochthonie, Homogenität und Einheit der europäischen Kultur ebenso wie der Gegensatz von Okzident und Orient, Oppositionen des Eigenen und des Anderen, des Vertrauten und des Fremden. Der europäischen Mythe zugrunde liegt die Vorstellung der Überlegenheit und exzeptionellen Rolle des Subjekts der europäischen

<sup>1</sup> Richtungweisend dazu Domenico Losurdo, 1994, „Selbstbewußtsein, falsches Bewußtsein, Selbstkritik des Abendlandes“. In: Manfred Buhr (Hg.), *Das geistige Erbe Europas*. Napoli, 733-70; Alfonso M. Iacono, 1990. *Europa*. In: Hans Jörg Sandkühler (Hg.), *Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften*, Hamburg, 945-50; Conrado Malandrino, 1990. *Eurozentrismus*. In: Sandkühler, 950f.; Gunter Willing, 1998. *Eurozentrismus*. In: Wolfgang Fritz Haug, (Hg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 3. 2. Aufl., Berlin, 1023-31; Frieder O. Wolf, 1998. *Europa*. In: Haug, 994-99.

Zivilisation. Dieses ist, in seiner prototypischen Form, der sich als Herr wissende 'weiße Mann' (im Unterschied zum Knecht, zum Farbigen, zur Frau). In ihrer Grundstruktur ist die europäische Mythe ein Konglomerat aus Ideologemen der Klasse, der Ethnizität und des Geschlechts. Als ideologischer Diskurs ist sie im höchsten Maß vielgestaltig. Sie reicht in alle ideologische Formen und lebensweltliche Praxen hinein: von Religion, Wissenschaft, Philosophie und hoher Kunst bis in Populärkultur, Alltagsbewußtsein, Mentalität, Gefühlsverhalten und Sexualität. Im Rassismus des alltäglichen Lebens hat sie ihre zähflüssigste Existenz. Ihr zentrales Aktionsfeld ist die Sprache, in der die unterschiedlichen Ebenen des mythischen Diskurses zusammenfließen. Die Mythe Europa blendet aus, daß der europäische Zivilisationstyp auf Unterwerfung, Eroberung und Herrschaft gründet, daß seine Geschichte, auch wo sie zivilisatorischen Fortschritt verkörpert, zugleich eine Geschichte der Gewalt ist.<sup>2</sup>

Mit diesem Hinweis soll nicht gesagt werden, daß Meier die europäische Mythe im ganzen und bewußt reproduziert. Das ist fraglos nicht der Fall, und von ihren kruderen Varianten würde er sich sicher vehement distanzieren. Unübersehbar aber ist, daß er ihrem Grundduktus folgt, ihrer Macht unterworfen bleibt, gedanklich in ihrem Horizont

agiert. Vieles, was Meier zum antiken Ursprung des Europäischen zu sagen weiß, ist unbestreitbar richtig – der Althistoriker weiß, worüber er redet. Worum es vielmehr geht, ist, daß in dem von Meier Gesagten Vorurteil und richtige Einsicht, Falsches und Wahres zusammentreten und zu einem geschlossenen Ganzen absolutiert werden – das gerade konstituiert die europäische Mythe als Form von Ideologie. Der Begriff der ‚Freiheit ohne Herrschaft‘ etwa, bezogen auf die athenische Polis, klammert aus, daß diese auf Sklaverei gründete und die Mitsprache von Frauen ausschloß, so daß hier allenfalls von der Freiheit einer geschlossenen Männergesellschaft gesprochen werden könnte; einer wahrlich eingeschränkten, bestenfalls elementaren Form von Demokratie. Zudem war diese alles andere als „frei von Herrschaft“ (98). Sie beruhte vielmehr auf einer doppelten Herrschaft: der ökonomischen und der patriarchalischen. Das Beispiel zeigt, wie hier ein im Kern durchaus richtiger und in seiner eingeschränkten Form auch positiv zu bewertender Tatbestand ideologisch verformt und damit historisch falsch wird.

In einem begrenzten Umfang wird Gewalt als Kehrseite der europäischen Zivilisation von Meier zur Kenntnis genommen. So registriert er eine „Beklemmung wegen all dessen, was Europa angerichtet hat“ (43) und gesteht zu, daß man bei der Frage nach dem „Wunder Europa“ „verschieden ansetzen“ kann, etwa „bei der Frage, wie es kam, daß Europa (...) die Welt von sich aus erschloß, vermaß, mit Stützpunkten überzog, teils besiedelte, teils erobert

<sup>2</sup> Vgl. meinen Versuch, Thomas Metscher, 2004. Europa und die Gewalt. In: Norman Paech u. a. (Hg.), Völkerrecht statt Machtpolitik. Beiträge für Gerhard Stuby, Hamburg, 202-225.

te, jedenfalls ausbeutete und ihr auf die Dauer sein Gesetz auferlegte“ (43). In vielen Hinsichten sei das Vermächtnis, das unsere Vorfahren hinterlassen haben, „ein wüstes Trümmerfeld, hinter dem eine ganze Kette von weiteren Trümmerfeldern im Laufe der Geschichte sich erstreckt“ (175). Der Kernbestand der europäischen Mythe wird von solchen Einsichten freilich nicht berührt. Zu ihrer Revision sieht er offensichtlich keinen Anlaß. Sicher ist Meier gegenüber dem Barbarischen in der europäischen Geschichte – ihrer Gründung auf Gewalt – nicht blind, doch wird dieser Gesichtspunkt nirgendwo zum Leitfaden der Betrachtung erhoben. Er wird im Grunde nur rhetorisch anerkannt. So bleibt der Ort der Gewalt in dieser Geschichte unbestimmt. Walter Benjamins dialektische Einsicht, daß „niemals ein Dokument der Kultur (ist), ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein“, <sup>3</sup> hat hier keine Spuren hinterlassen.

Dem scheint zu widersprechen, daß Auschwitz als Endpunkt der gleichen Geschichte erscheint, die mit Athen beginnt: Auschwitz als „Katastrophe“ und „Zivilisationsbruch“ (164), „Chiffre für den Endpunkt des europäischen Sonderwegs“ (163). Damit erhält Auschwitz eine Schlüsselbedeutung für die europäische Geschichte (vgl. 165). Auschwitz zwänge zu einem neuen Blick auf diese, es hat „rückwirkende Kraft“ für ihr Verständnis seit der Antike (159): „für alle Teile der Geschichte“ sei „mit geschärften Augen auf die

Verbrechen, die Katastrophen, die Opfer und (...) die Täter zu sehen“ (160f.). Meier beruft sich in diesem Zusammenhang auf Wilhelm von Humboldts Satz, daß der „Geschichtsschreiber (...) jede Begebenheit als Teil eines Ganzen oder, was dasselbe ist, an jeder die Form der Geschichte überhaupt darstellen“ müsse und will diesen ausdrücklich auf Auschwitz angewendet wissen (132f.). Auschwitz also als Teil des Ganzen der europäischen Geschichte – ein kühnes, herausforderndes Problem. Wie wird es von Meier gelöst?

So radikal die Frage von Meier gestellt wird, so enttäuschend ist die Antwort darauf. Anzuerkennen ist, daß der Greuel Auschwitz als das benannt wird, was er ist, moralisch wie politisch und geschichtsphilosophisch: ein Äußerstes an Barbarei. „Das Ganze der Untaten, um die es hier geht“, sei „beispiellos“, „einzigartig“, „übersteigt menschliche Vorstellungskraft“ (133). Seit Auschwitz sei „alles anders“ (134). Zugleich beharrt Meier darauf, daß Auschwitz der Vernunft zugänglich sei, also erklärt und verstanden werden kann; erklärt und verstanden aus der historischen Situation, die es möglich machte und aus der es hervorging, ja schließlich aus dem Gang der Geschichte, deren Teil es ist. Die Erklärung freilich, die er gibt, bleibt merkwürdig vage, um nicht zu sagen trivial. Als Gründe für Auschwitz werden Dispositionen deutscher Mentalität genannt, Antisemitismus, verzweifelte Hoffnungen im „so tief gestürzten Deutschland“ (138), dann die Wahnvorstellungen Hitlers, Inflation, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Ratlosigkeit und Ängste, gro-

<sup>3</sup> Walter Benjamin, 1961. *Illuminationen*. Frankfurt a. M., 271f.

ße Nöte der Bevölkerung (139), einiges mehr. Sicher sind dies alles Gesichtspunkte, die eine Rolle spielen. Doch bleiben sie in der bloßen Aneinanderreihung deskriptiv und beliebig, einen Begriff der Sache geben sie nicht. Daß aus diesen Gründen Auschwitz hervorgehen soll, ist völlig uneinsichtig. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß härtere Theorien – materialistische Faschismustheorien etwa, auch nur sozialökonomische Deutungen im strengeren Sinn, ideologietheoretische Einsichten, Ergebnisse psychoanalytischer Forschung – in keiner Form und mit keinem Satz zur Kenntnis genommen werden. So wird der psychischen Deformation, um einen Gesichtspunkt zu nennen, die Auschwitz auf der Ebene subjektiven Handelns möglich machte, sicher ohne psychoanalytische Einsichten nicht beizukommen sein. Und ohne Berücksichtigung von Interesse und Mitwirkung des deutschen Kapitals an Hitler (damit schließlich auch an Auschwitz) bleibt ein grundlegender objektiver Faktor ausgeblendet. Zu all dem aber fällt bei Meier kein einziges Wort.

Gerade in der entscheidenden Frage, dem Kernstück seines Unternehmens: der Erklärung von Auschwitz aus dem Zusammenhang der europäischen Geschichte, kommt die Argumentation über die Ebene abstrakt-allgemeiner Bekundungen nicht hinaus. So, wenn es heißt, das „Besondere“ der europäischen Geschichte sei gerade „durch immer neue Steigerung von Möglichkeiten im Guten wie im Bösen“ bestimmt, und in diesen Zusammenhang sei auch Auschwitz einzuordnen. Da darf dann Sophokles' berühmter Satz nicht feh-

len: nichts sei „so ungeheuer wie der Mensch“ (159). Sicher ist dies ein tiefer Satz, und jede Anthropologie, die zählt, wird ihn ernst nehmen müssen. Ob er freilich zur historischen Erklärung von Auschwitz ausreicht, ist sehr die Frage. Zumal er uninterpretiert bleibt und viel mehr zum Thema auch nicht gesagt wird. Meiers Unternehmen versackt, man kann es freundlicher nicht ausdrücken, in einer verblasenen Trivialanthropologie. Auschwitz ist eben eine Möglichkeit der menschlichen Natur, die sich in Europa besonders exponiert hat (98f.), und dem ist ins Auge zu sehen. Das schließe ein, „sich diese Geschichte zu eigen zu machen, in ihrer Größe, ihrem Elend und ihren kaum zu benennenden Untaten“ (160). Als moralische Willenserklärung ist dies alles integer und fein, eine Erklärung für Auschwitz ist es nicht. So mutig es ist, Auschwitz und Athen als Zusammenhang zu denken, den Holocaust als Möglichkeit der europäischen Geschichte zu begreifen, so wenig gelingt es dem Autor, einen solchen Zusammenhang sichtbar zu machen. Die gestellte Aufgabe bleibt ungelöst. Sie wird auf der Ebene des bloßen Postulats stehen gelassen.

Der offenkundige Erklärungsmangel eines führenden deutschen Historikers in einer die Identität der europäischen Geschichte betreffenden Grundfrage ist selbst erklärungsbedürftig. Denn ich meine nicht, daß die von Meier gestellte Frage prinzipiell unlösbar ist. Ich vermute vielmehr, daß der Begriff der europäischen Geschichte, der Meiers Buch zugrunde liegt, die verlangte Erklärung verhindert. Dies deshalb, weil

sich dieser Begriff in seinem Kernbestand nicht von der Mythe Europa gelöst hat. Von dieser Mythe her ist die Verbindung zu Auschwitz nun in der Tat nicht zu ziehen. Um eine solche Beziehung herzustellen, wäre ihre radikale Kritik erforderlich. Davon aber kann bei Meier auch nicht im Ansatz die Rede sein. Am Mangel des Buchs zeigt sich die ungebrochene ideologische Macht eines Konstrukts, das die Geschichte europäischen Bewußtseins in weiten Teilen bestimmt hat.

Es gibt keinen Grund, Meiers Programm, Auschwitz aus Europa zu erklären, deshalb aufzugeben – Auschwitz ist, so vermute auch ich, vollständig nur aus der europäischen Geschichte erklärbar. Doch erfordert seine Einlösung einen radikal anderen Zugriff auf diese Geschichte, sie kann nur auf dem Boden eines anderen Begriffs von Europa erfolgen als der es ist, der in der Mythe Europa perpetuiert wird. Ja, die Einlösung dieses Programms hat die schonungslose Kritik dieser Mythe zu ihrer Voraussetzung. Nur ein Zugriff auf die europäische Geschichte, der sich dem Zwang ihrer Mythe entzieht, vermag die Antwort auf Meiers Frage zu geben.<sup>4</sup>

*Thomas Metscher*

---

<sup>4</sup> Für weitere Ausführungen siehe Metscher 2004. Eine Arbeit zum Zivilisationstyp Europa unter dem Titel „Europa und die Logik der Unterwerfung“ ist für die Veröffentlichung 2006 im Verlag Peter Lang, Frankfurt a. M. vorgesehen.